

Rundbrief 1-2018

www.dgo-online.org

DGO
▶ Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Brief der Geschäftsführerin

Veranstaltungen

- 4 Geschäftsstelle
- 7 Zweigstellen

Publikationen

- 14 Zeitschrift OSTEUROPA
- 18 Zeitschrift OSTEUROPA-RECHT
- 20 Länder-Analysen
- 23 Stolpersteinverlegung für Wolfgang Leppmann

Mitglieder

- 24 Protokoll der Mitgliederversammlung
- 28 Klaus-Mehnert-Preis
- 30 Förderung und Vernetzung junger Mitglieder
- 31 Personalien
- 31 Veröffentlichungen

Aktuelles aus der Osteuropaforschung

- 33 Institutionen
- 33 Personalien

Veranstaltungsberichte

- 34 Vortragsreihe „100 Jahre Tschechien – 100 Jahre (post-)kommunistische Geheimdienste“
- 38 Gedenkveranstaltung für Arsenij Roginskij
- 40 Globalisierung und politische Ordnung im östlichen Europa
- 46 Imperial Cities: The Tsarist Empire, the Habsburg Empire and the Ottoman Empire in Comparison
- 49 100 Jahre belarussische Staatlichkeit. Das Verhältnis von Staat und Nation
- 52 Die Gegenwart von Flucht und Migration in Litauen. Perspektiven von Migranten, Flüchtlingen und Vertriebenen
- 54 Der illiberale Staat in Ungarn und Polen

Impressum

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder,

Geschichte und Geschichtsaufarbeitung bildeten einen Themenschwerpunkt unserer Arbeit in der ersten Jahreshälfte. Die Vortragsreihe „100 Jahre Tschechien“ widmete sich den kommunistischen und postkommunistischen Geheimdiensten im östlichen Europa. Anlässlich des 100. Jahrestages der ersten belarussischen Republik diskutierten wir über die sich wandelnde Bedeutung von Staat, Nation und Nationalsprache in Belarus. Die gegenwärtige Debatte über die Aufnahme von Flüchtlingen nahmen wir zum Anlass, um über die Erinnerung an Migration, Flucht und Deportation in Litauen zu sprechen und zu erörtern, ob die historischen Migrationserfahrungen im heutigen litauischen Diskurs eine Rolle spielen. Die beiden Tagungen „Die imperiale Stadt“ und „Juden und Muslime im östlichen Europa“ ermöglichten einen Vergleich imperialer Politik und sozialer Realität im Russischen, Osmanischen und Habsburger Reich und dem imperialen Erbe in der Gegenwart.

Die Jahrestagung der DGO an der Ludwig-Maximilians-Universität München beschäftigte sich mit dem Zusammenhang von Globalisierung und politischer Ordnung im östlichen Europa, der Verflechtung von wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen und den unterschiedlichen Bewertungen dieser Prozesse. Das Spannungsverhältnis zwischen dem Anspruch auf Internationalität in der Wissenschaft und dem nationalen politischen Druck konnte am Beispiel der Central European University in Budapest und der European University in St. Petersburg illustriert werden. Die aktuelle Situation beider Hochschulen wurde auch auf der Mitgliederversammlung diskutiert. Eine Reihe von Mitgliedern und weitere Personen aus dem Umfeld der DGO brachten im Anschluss an diese Diskussion ihre Besorgnis über den zunehmenden Druck auf die Central European University in einem offenen Brief an den Botschafter Ungarns in Berlin zum Ausdruck.

Die aktuellen politischen Entwicklungen in Ungarn und Polen sind auch Thema der neuesten Ausgabe der Zeitschrift OSTEUROPA. Die Beiträge analysieren die Folgen der Erosion rechtsstaatlicher Prinzipien in den beiden EU-Ländern. Der Verfassungskrise in Polen hat die Zeitschrift OSTEUROPA RECHT ihre erste Ausgabe in diesem Jahr gewidmet. Und auch die von der DGO mitherausgegebenen Polen-Analysen thematisierten in der ersten Jahreshälfte unter anderem die Justizreform sowie den Stand von Zivilgesellschaft und Demokratie in Polen und den anderen Visegrád-Ländern. Ausführliche Informationen zu allen Publikationen und Veranstaltungen der DGO und ihrer Zweigstellen im ersten Halbjahr sowie Ankündigungen für die zweite Jahreshälfte finden Sie auf den nächsten Seiten.



Gabriele Freitag
Geschäftsführerin
DGO

In Zusammenarbeit mit jungen Mitgliedern unserer Gesellschaft erörtern wir zurzeit Möglichkeiten, junge Menschen mit wissenschaftlichem und beruflichem Interesse an Osteuropa stärker zu vernetzen und in die Arbeit der DGO einzubeziehen. Zu diesem Zweck haben wir Anfang dieses Jahres eine Umfrage unter unseren Mitgliedern im Alter bis zu 35 Jahren durchgeführt. Eine kurze Zusammenfassung der Ergebnisse finden Sie auf Seite 30. Für den 12. Oktober laden wir alle interessierten jungen Menschen zu einem Workshop „Zukunft Osteuropa“ nach Frankfurt am Main ein.

Außerdem machen wir Sie schon jetzt auf die nächste Mitgliederversammlung und Jahrestagung der DGO am 14. und 15. März 2019 in Berlin aufmerksam. Bitte merken Sie sich diesen Termin vor!

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre,

Ihre

Exportartikel Geheimpolizei.
Der Aufbau der Geheimpolizeien in Ostmitteleuropa und der DDR
Vortrag von PD Dr. Andreas Hilger (Deutsches Historisches Institut Moskau)

DGO

Berlin

Aufarbeitung

STIFTUNG BERLINER MAUER

ZENTRUM FÜR ZEITGESCHICHTE UND POLITIKFORSCHUNG

Dr. Andreas Hilger

Dr. Jens Gieseke

Veranstaltungen

Geschäftsstelle: Vorschau

| Datum / Ort | Titel | |
|---------------------------|--|---|
| September, Berlin | Podiumsdiskussion Sicherheitsperzeption im Baltikum | In Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik |
| September, Berlin | Podiumsdiskussion Die Rolle der baltischen Staaten in der EU | In Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik |
| 12. Oktober, Frankfurt/M. | Workshop Zukunft Osteuropa | Informationen zu dieser Veranstaltung finden Sie auf Seite 30 |
| 16.–17. Oktober, Berlin | 14. Kiewer Gespräche Die Lage in den ukrainischen Regionen vor dem Wahljahr 2019 (Arbeitstitel) | In Kooperation mit dem Europäischen Austausch, der Konrad Adenauer Stiftung und weiteren Partnern |
| 6. November, Berlin | Russische Alternativen Modernisiert sich Russland von unten? Politische und gesellschaftliche Initiativen auf kommunaler Ebene | In Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung |
| 8.–9. November, Köln | Fachtagung Recht Recht und Revolution. Kontinuitäten und Brüche in Osteuropa | In Kooperation mit dem Institut für osteuropäisches Recht und Rechtsvergleichung an der Universität zu Köln |
| 22.–23. November, Berlin | Fachtagung Wirtschaft Shaping Eastern European Societies and Economies: Culture, Religion and Historical Legacies | In Kooperation mit dem Institut für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München |
| 27. November, Berlin | Podiumsdiskussion Fünf Jahre Majdan | In Kooperation mit der Heinrich Böll Stiftung, Prisma Ukraïna – Research Network Eastern Europe und dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam |

Geschäftsstelle: Rückschau

| Datum / Ort | Titel | |
|---------------------|--|---|
| 9. Januar, Berlin | Vortragsreihe 100 Jahre Tscheka – 100 Jahre (post-) kommunistische Geheimdienste Vortrag von Julie Fedor „Special Zones“ of Memory: Reflections on the Centenary of the Soviet Secret Police | In Kooperation mit der Stiftung Berliner Mauer, dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam und dem Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Berlin (Veranstaltungsbericht auf Seite 34–37) |
| 23. Januar, Berlin | Vortrag von Andreas Hilger Exportartikel Geheimpolizei. Aufbau der Geheimpolizeien in Ostmitteleuropa und in der DDR | |
| 13. Februar, Berlin | Vortrag von Emmanuel Droit Die Internationale der Tschekisten. Eine Kulturgeschichte der Geheimpolizeien im Ostblock | |
| 27. Februar, Berlin | Vortrag von Evgenia Lezina Vom KGB zum FSB. Der Geheimdienst in Russland bis heute | |
| 4. März, Berlin | Matinée Gedenk-Matinée für Arsenij Roginskij | In Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung und weiteren Partnern; mit Unterstützung der Körber-Stiftung (Veranstaltungsbericht auf Seite 38–39) |
| 8.–9. März, München | Jahrestagung Globalisierung und politische Ordnung im östlichen Europa | In Kooperation mit Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien an den Universitäten München und Regensburg; mit Unterstützung der Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung (Veranstaltungsbericht auf Seite 40–45) |

| Datum / Ort | Titel | |
|-----------------------|--|--|
| 26.–27. April, Moskau | Fachtagung Geschichte Imperial Cities: The Tsarist Empire, the Habsburg Empire and the Ottoman Empire in Comparison | In Kooperation dem Deutschen Historischen Institut Moskau, dem Verband der Osteuropahistorikerinnen und -historiker, dem Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung und dem Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien (Veranstaltungsbericht auf Seite 46–48) |
| 28. Mai, Berlin | Podiumsdiskussion 100 Jahre belarussische Staatlichkeit. Das Verhältnis von Staat und Nation | In Kooperation mit der deutsch-belarussischen Gesellschaft (Veranstaltungsbericht auf Seite 49–51) |
| 31. Mai, Berlin | Podiumsdiskussion Die Gegenwart von Flucht und Migration in Litauen. Perspektiven von Migranten, Flüchtlingen und Vertriebenen | In Kooperation mit der Buchhandlung „Der Zauberberg“ (Veranstaltungsbericht auf Seite 52–53) |
| 7. Juni, Berlin | Podiumsdiskussion Politics of History: Political Rule and Diplomacy between Poland, Russia and Ukraine | In Kooperation mit „Prisma Ukraïna – Research Network Eastern Europe“ und dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam |
| 28.–29. Juni, Berlin | Workshop At Home: Jews and Muslims in Eastern Europe | In Kooperation mit „Prisma Ukraïna – Research Network Eastern Europe“ |
| 5. Juli, Berlin | Podiumsdiskussion Der illiberale Staat in Ungarn und Polen | (Veranstaltungsbericht auf Seite 54–55) |
| 12.–13. Juli, Berlin | Deutsch-Polnischer Gesprächskreis | In Kooperation mit der Deutschen Nationalstiftung |
| 13.–15. Juli, Leipzig | 26. Tagung Junger Osteuropa-Experten | In Kooperation mit der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Leibniz-Institut Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO) und dem Leibniz-Wissenschaftscampus „Eastern Europe – Global Area“ |

Zweigstellen: Rückschau

| Datum / Ort | Titel | |
|----------------|--|------------------------------------|
| Bamberg | | |
| 10. Januar | Vortrag Rock'n Roll nach Igor Moissejew, oder wie man die ideologischen Rahmenbedingungen in der UdSSR genießen konnte | Igor Narskij (München) |
| 13. Juni | Vortrag Der Kalte Krieg und der Kardinal: József Mindszenty und der ungarische Aufstand 1956 | Árpád von Klimó (Washington DC) |
| Bochum | | |
| 25. April | Vortrag Zwischen Weltbürgertum und Nationalismus: 30 Jahre nach dem Zerfall der sowjetischen Ideologie | Gasan Gusejnov (Moskau) |
| 2. Mai | Vortrag Georgien 1918–2018: Kontinuität nationaler Geschichte? | David Paitschadse (Zittau/Görlitz) |
| 6. Mai | Vortrag Krieg, Staat und Nation: Der Krieg im Donbass und Identitäten in der Ukraine | Gwendolyn Sasse (Berlin) |
| 13. Juni | Vortrag Sieg ohne Schlacht. Das Jahr 1918 in der polnischen Erinnerung | Peter Oliver Loew (Darmstadt) |
| 11. Juli | Vortrag Nation, Schuld, Sühne: Russland und die deutsche Vergangenheitsbewältigung | Mischa Gabowitsch (Potsdam) |

| Datum / Ort | Titel | |
|-------------------|---|--|
| Bonn/Köln | | |
| 28. Mai | Podiumsdiskussion Der Zweite Weltkrieg und Osteuropa in der deutschen Erinnerungskultur | Ulrike Jureit (Hamburg), Martin Schulze Wessel (München) und Martin Aust (Bonn); Moderation: Ekaterina Makhotina (Bonn) |
| Bremen | | |
| 5. Juni | Vortrag Opposition, Kollektivität und Erkenntnis: die kreativen Projekte der Surrealistická skupina v Československu | Kristin Watterott (Prag/Berlin) |
| 12. Juni | Vortrag Interwar Poland, Maritime Colonialism, and the International System (1918–1939) | Piotr Puchalski (Madison) |
| Dresden | | |
| 22. März | Vortrag Die Erinnerung an die russischen Umbrüche 1917/1918 und den Beginn einer deutsch-russischen Allianz | Karl-Heinz Schlarp (Dresden) |
| 14. Juni | Vortrag Autochthone russische (Rechts-) Kultur oder wechselseitig bereichernder Dialog. Russland auf der Suche nach seinem Selbstbild | Burkhard Breig (Berlin) |
| 18. Juli | Vortrag The Worst Vice of All: Cosmopolitanism and the End of Empire | Willard Sunderland (Cincinnati) |
| Düsseldorf | | |
| 16. Januar | Vortrag Gemeinsam, geteilt oder getrennt? Deutsche und Polen erinnern sich | Robert Traba (Berlin) |

| Datum / Ort | Titel | |
|-----------------|--|---|
| 15. Februar | Vortrag Nationalismus im Osten Europas | Reinhold Vetter (Berlin/Warschau) |
| 17. April | Vortrag Der Umgang mit dem 100. Jubiläum der Neugründung des polnischen Staates im heutigen Polen | Stephan Lehnstaedt (Berlin) |
| 18. April | Vortrag Ungarn nach der Wahl | Péter Györkös (Botschafter von Ungarn, Berlin) |
| 7. Mai | Vortrag Die aktuelle ungarische Geschichtspolitik im Zusammenhang mit 1918 | Stephan Löwenstein (Frankfurt/Main) |
| 6. Juni | Vortrag Jenseits des Bauhauses. Die Architektur der Moderne in Oberschlesien | Juliane Tomann (Jena), Beate Störkuhl (Oldenburg) |
| Erlangen | | |
| 11. April | Vortrag Das Schweigen der Ärzte. Sozialistische Gesundheitspolitik zwischen „Integralismus“ und „Fürsorgediktatur“ | Igor Polianski (Ulm) |
| 18. April | Vortrag Der kranke Rand des Reiches: Sozialhygiene, Moral und Nation in der Provinz Posen um die Jahrhundertwende | Justyna Turkowska (Gießen) |
| Freiburg | | |
| 9. Januar | Vortrag Territorialisierungsprozesse im Sowjetstaat 1918/22 bis 1936 | Stephan Rindlisbacher (Bern) |

| Datum / Ort | Titel | |
|-------------|---|---|
| 17. April | Vortrag Musealisierung kultureller Identität. Dokumentation und Präsentation russlanddeutscher Kulturgeschichte im binationalen Museumskontext | Natalja Salnikova (Freiburg) |
| 8. Mai | Buchpräsentation Russlanddeutsche Lieder. Geschichte, Sammlung, Lebenswelten | Ingrid Bertleff (Freiburg), Eckhard John (Freiburg), Natalia Svetozarova (St. Petersburg) |
| 12. Juni | Vortrag Stalinist deportations and their legacies in Khrushchev's Soviet Union | Emilia Koustova (Straßburg) |
| 3. Juli | Vortrag Behinderten- und Krankenmorde im Zweiten Weltkrieg unter deutscher Besatzung und ihre juristische Verfolgung in der Nachkriegssowjetunion | Tanja Penter (Heidelberg) |

Gießen

| | | |
|-----------|--|------------------------------------|
| 17. April | Vortrag Kann man die (sowjetische) Vergangenheit aufspüren? | Igor Narskij (München) |
| 24. April | Vortrag Die 3 Leben des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst | Jörg Morré (Berlin) |
| 26. Juni | Vortrag The Origins of the Prague Spring | Francesco Caccamo (Chieti-Pescara) |

Hamburg

| | | |
|----------|---|-----------------------------------|
| 13. Juni | Vortrag März 1968 in Polen: Studentische Proteste und antisemitische Kampagne | Hans-Christian Dahlmann (Hamburg) |
|----------|---|-----------------------------------|

| Datum / Ort | Titel | |
|-------------|---|------------------------------------|
| 20. Juni | Vortrag Der wirtschaftliche Frühling in Osteuropa | Magdalena Pajor-Bytomski (Hamburg) |
| 27. Juni | Vortrag Panzer in Prag. Der fotografische Blick auf die Invasion von 1968 | Martina Winkler (Kiel) |

Jena

| | | |
|-----------|--|--|
| 28. April | Filmvorführung mit musikalischer Lesung Die Partitur des Krieges. Leben zwischen den Fronten | Tom Franke (Regisseur), Mark Chaet (Violine) |
|-----------|--|--|

Konstanz

| | | |
|---------|--|----------------------------------|
| 5. Juni | Vortrag Hubs of Global Migration. Drehscheiben transkontinentaler Wanderung als Orte der Moderne | Frithjof Benjamin Schenk (Basel) |
|---------|--|----------------------------------|

| | | |
|---------|---|------------------------------|
| 3. Juli | Vortrag Die „Weisen von Zion“ als Agenten des Antichrist: Russland im Drama der Heilsgeschichte | Michael Hagemeister (Bochum) |
|---------|---|------------------------------|

Leipzig

| | | |
|----------|--|-----------------------------|
| 20. Juni | Vortrag Trauer, Triumph und Bronzesoldaten. Sowjetische Kriegsdenkmäler und ihre Erbauer | Mischa Gabowitsch (Potsdam) |
|----------|--|-----------------------------|

München

| | | |
|------------|---|---------------------------------|
| 16. Januar | Vortrag Russland als imperiale Macht und als Nationalstaat. Eine historische Einordnung | Martin Schulze Wessel (München) |
|------------|---|---------------------------------|

| Datum / Ort | Titel | |
|-------------|---|--|
| 23. Januar | Vortrag Imperiales Erbe? Russland und Eurasien | Andreas Renner (München) |
| 30. Januar | Podiumsdiskussion Eine neoimperiale Politik? Russland, Europa und Asien | Franziska Davies (München), Christine Hammel (München), Alexander Libman (München), Moderation: Stefanie Hajak (VHS München) |
| 12. Juni | Vortrag Nicht nur ein Proletensport. Nabokov, Šostakovič, Lobanovskij und der Fußball in Russland und der Sowjetunion | Dittmar Dahmann (Bonn) |

Regensburg

| | | |
|-----------|--|---------------------------------|
| 25. April | Vortrag The so Called Judicial Reform in Poland. Challenges for the Rule of Law in Poland | Jedrzez Klatka (Warschau) |
| 16. Mai | Vortrag Der lange Schatten des Krieges: Die neuen polnischen Reparations- und Entschädigungsforderungen an Deutschland | Krzysztof Ruchniewicz (Wrocław) |
| 7. Juni | Vortrag The Historical Significance of East European Football | Jonathan Wilson (London) |
| 5. Juli | Vortrag Zur Weltgeschichte des Kommunismus – Warum Russland? | Gerd Koenen (Frankfurt/Main) |

Tübingen

| | | |
|-----------|--|-----------------------------|
| 23. April | Vortrag Left Urbanism in Soviet Ukraine in Transition: History and Prospects | Ievgeniia Gubkina (Kharkiv) |
|-----------|--|-----------------------------|



Publikationen

OSTEUROPA



Schwerpunkt der Ausgabe 11–12/2017 ist das Leben und Lebenswerk des 2017 verstorbenen russischen Historikers und Memorial-Mitgründers Arsenij Roginskij. Geleitet von der Erkenntnis, dass das historische Gedächtnis der Nation und die tägliche Verantwortung des einzelnen Bürgers unabdingbar zusammengehören, haben Roginskij und seine Mitstreiter Entscheidendes zur Aufarbeitung der Geschichte des Stalinismus und des staatlichen Terrors während der gesamten 70 Jahre der kommunistischen Herrschaft in der Sowjetunion geleistet. Der Band zum Thema **Streiflichter. Der Terror, die Wahrheit und das Recht** dokumentiert zentrale Texte von Arsenij Roginskij aus verschiedenen Jahren, die erstmals auf Deutsch erscheinen. Die Autoren stellen die Person Roginskij als Historiker, Bürgerrechtler und Mensch in den Kontext seiner Zeit.

Der Band hat 200 Seiten und enthält 20 Abbildungen. Mitglieder der DGO erhalten ihn zu einem Sonderpreis von 11,00 Euro (statt 15,00), zzgl. Versandkosten.

Inhalt

Editorial

Arsenij Roginskij: Wirken und Vermächtnis

Wolfgang Eichwede

Die historische Wahrheit als Menschenrecht
Zu Arsenij Roginskij's Lebenswerk

Arsenij Roginskij

Wahrheit und Recht. Autobiographische Erinnerungen

Arsenij Roginskij

Die Lage des Historikers in der Sowjetunion
Schlusswort vor Gericht

Gerd Koenen

Im Zirkel der Geschichte
Gedächtnisverlust und Kampf um die Erinnerung

Arsenij Roginskij, Nikita Ochotin

Die Archive des KGB. Ein Jahr nach dem Putsch

Nikita Petrov

„Back in the USSR“
Die Archive der Geheimdienste im Jahr 2018

Arsenij Roginskij

Fragmentierte Erinnerung
Stalin und Stalinismus im heutigen Russland

Arsenij Roginskij, Ivan Urgant

„Merk dir diese Geschichte“
Über „Die Rückgabe der Namen“

Arsenij Roginskij, Elena Žemkova

Empathie und Indifferenz
Die Rehabilitierung der Opfer

Jens Siegert

Der Menschenfreund
Zum Tode von Arsenij Roginskij

Arsenij Roginskij

Die Vergangenheit in der Gegenwart überwinden
Rede zur Verleihung des Pax Christi-Preises

Jurij Dmitriev

„Sag die Wahrheit und habe vor nichts Angst“
Ein Gespräch mit dem aus der Untersuchungshaft entlassenen Leiter von Memorial, Karelien

Anna Leszczynska-Koenen

„Zionisten ab nach Siam!“
Das polnische Jahr 1968 und die Juden

Ignaz Lozo

Terrorismusmythen
Die Sowjetunion, der KGB und die RAF

Il'ja Kukulin

„Eurasien“ statt „Russische Welt“
Zum Wandel eines schillernden Begriffs

Tomasz Sahaj, Dariusz Wojtaszyn

Fußballfans in Polen. Sport, Gewalt und Politik



Svetlana Aleksievič hat mit ihren fünf zentralen Werken eine Geschichte der Nachkriegssowjetunion geschrieben und ein Porträt des Menschen als leidendes Wesen gezeichnet: Zweiter Weltkrieg, Afghanistankrieg, Tschernobyl, der Zusammenbruch der Ordnung 1991. Mit ihrer aus Gesprächen mit Hunderten von Menschen entstandenen dokumentarischen Prosa betreibt sie Oral History und ihre Texte bieten eine Emotionsgeschichte avant la lettre. Doch Historiker wie Literaturwissenschaftler fremdeln mit ihrem Werk. 13 Autoren betrachten die Nobelpreisträgerin in **Nackte Seelen. Svetlana Aleksievič und der „Rote Mensch“** als Chronistin und als Literatin, diskutieren ihre Verdienste und kritisieren ihre Methode, analysieren ihr literarisches Verfahren und vergleichen ihr Schaffen mit dem anderer Schriftsteller.

Ausgabe 1–2/2018 hat 240 Seiten und enthält 20 Abbildungen. Mitglieder der DGO erhalten sie zu einem Sonderpreis von 17,00 Euro (statt 22,00), zzgl. Versandkosten.

Inhalt

Editorial

Ecce homo

Karla Hielscher

Die Menschenforscherin. Leben und Werk Aleksievičs

Anja Tippner

Die große Enttäuschung
Krisenerfahrung und Desillusionierung bei Aleksievič

Christoph Bartmann

„Umgeben von Stimmen“
Aleksievičs literarische Denkmäler und der Nobelpreis

Klaus Gestwa

Der Sowjetmensch. Geschichte eines Kollektivsingulars

Clemens Günther

Mehr als Geschichte. Aleksievičs dokumentarische Prosa

Tine Roesen

Zwischen den Stühlen
Dokument und Fiktion bei Svetlana Aleksievič

Menschen, die vom Zorn infiziert sind, kann nur die Liebe retten ...

Svetlana Aleksievič im Gespräch mit Staffan Julén

Julia Obertreis

Polyphonie auf den Trümmern des Sozialismus
Svetlana Aleksievičs Werk aus Sicht der Oral History

Ulrich Schmid

Ein eigener Ton. Svetlana Aleksievič, das Belarussische und die russische Kultur

Ina Sdanevitsch

Prominent ignoriert. Svetlana Aleksievič in Belarus

NAHBETRACHTUNG

Nina Weller

Vielstimmige Gegengeschichten. Kriegserfahrung und Kriegsdarstellung bei Adamovič, Granin und Aleksievič

Johanna Lindblad

Näher am Trauma
Aleksievičs „Letzte Zeugen“ im Vergleich

Andrea Zink

Die Katastrophe, der Schmerz und die Liebe
Svetlana Aleksievičs Annäherung an Tschernobyl

Elena Gapova

Leiden und Sinnsuche. Aleksievičs moralische Revolution

Staffan Julén

Produktiver Widerstand. Filmen mit Svetlana Aleksievič



Im Themenheft **Unterm Messer. Der illiberale Staat in Ungarn und Polen** vergleichen die Autoren den Angriff auf den Rechtsstaat und die Freiheit der Medien, schildern die Einschränkung der Gewaltenteilung und analysieren den Konflikt zwischen den beiden Staaten und der Europäischen Union. Sie betrachten die Wahlen in Ungarn im April 2018, liefern Porträts von Orbán und Kaczyński und nehmen Fidesz und PiS vergleichend unter die Lupe. Dabei fragen sie auch nach historischen Ursachen, wirtschaftlichen Gründen und ideengeschichtlichen Vorbildern der illiberalen Wende. Mit György Schöpflin kommt ein führender Fidesz-Intellektueller zu Wort.

Zahlreiche Karten, Grafiken und Chroniken verschaffen Überblick und veranschaulichen Unübersichtliches. Der Band hat 528 Seiten, 89 Abbildungen und 8 Karten. Mitglieder der DGO erhalten ihn zu einem Vorzugspreis von 25,00 Euro (statt 32,00) zzgl. Versandkosten.

Inhalt

Editorial

Materialschnitt

M. Bucholc, M. Komornik

Gewaltenteilung ausgehebelt
Der Umbau der polnischen Justiz 2017

Ellen Bos

Das System Orbán
Antipluralismus in Aktion

Peter Frank

Dauermobilisierung in Ungarn
Die Kampagnen der Regierung Orbán

Anna Wolff-Powęska

Trommler der Revolution
Jungkonservative und Polens Rechte

ELEMENTE

Kai-Olaf Lang

Zweieiige Zwillinge
PiS und Fidesz: Genotyp und Phänotyp

Piotr Buras, Zsuzsanna Vegh

Stop, Brüssel!
Polen und Ungarn in der Europäischen Union

Rechtsstaat und Asylpolitik

Ungarn, Polen und die EU: Drei Chroniken

Klaus Bachmann Dominik Héjj

„Illiberale Demokratien“
Baupläne aus Ungarn und Polen

András Bozoki, Dániel Hegedűs

Hybridregime unter externer Kontrolle
Zum Charakter der ungarischen Politik

Gerhard Gnauck

Der uncharismatische Charismatiker
J. Kaczyński und das Geheimnis der Macht

Gregor Mayer

Der Stürmer
Der Aufstieg des Viktor Orbán

Felix Eick

Lőrinc Mészáros
Ein märchenhafter Aufstieg

PHÄNOMENE

Ellen Bos

Mit der Mehrheit zur Mehrheit
Die Parlamentswahl in Ungarn 2018

Sebastian Plóciennik

Protestpotential trotz Wirtschaftswachstum
Polen und die Globalisierung

Krzysztof Jasiecki

Polnischer Staatskapitalismus
Zur Wirtschaftspolitik der PiS

Hella Engerer

Ohne Plan
Ungarns Volkswirtschaft: Trend und Politik

P. Bajomi-Lázár, D. Kékesdi-Boldog

Zurück in die Zukunft
Autoritäre Medienpolitik in Ungarn

László J. Györi

König Ubu in Ungarn
Viktor Orbáns „Totalangriff“ auf die Kultur

Paweł Potoroczyn

„Nur die Kultur kann uns retten“
Säuberungen aus dem Geist der Paranoia

ERSCHEINUNGEN

István Bibó

Deformierter ungarischer Charakter
Ungarische Geschichte auf Irrwegen

György Schöpflin

Mitteuropa in der Falle
Zur Mesalliance mit der EU

URSPRÜNGE

Krisztián Ungváry

Rückkehr der Geschichte?
Orbán & Horthy: ein Regimevergleich

Maciej Górný

Schwache Brüder
Polen und Ungarn in der Zwischenkriegszeit

Joachim von Puttkamer

Familien-Unähnlichkeit
Polen und Ungarn seit 1945

Klaus Bachmann

Viel Feind, viel Ehr
Geschichtspolitik und Außenpolitik in Polen

Ferenc Laczó

Totalitarismus ohne Täter?
Ungarns neuer Geschichtsmythos

M. Saryusz-Wolska S. Stach, K. Stoll

Verordnete Geschichte
Nationalistische Narrative in Polen

Peter Oliver Loew

Deutschland. Ein Antimärchen
Das Feindbild der polnischen Rechten

Adam Balcer

Fragwürdige Traditionsbestände
Die PiS, die Kresy und der Ethnonationalismus

Joachim von Puttkamer

Umkämpfter Krieg, umkämpftes Museum
P. Machcewicz's Plädoyer für mehr Vernunft

Bestellungen

Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der Lieferadresse per Mail an osteuropa@dgo-online.org oder teilen Sie uns Ihre Bestellung telefonisch mit: 030/30 10 45 -81 /-82.

OSTEUROPA-RECHT



Der Konflikt um den polnischen Verfassungsgerichtshof ist Schwerpunkt der Ausgabe 1/2018 zum Thema [Verfassungskrise in Polen](#). Die unterschiedlichen Rechtsauffassungen über das Verfahren der Verfassungsrichterwahl und das verfassungsgerichtliche Verfahren haben zu einem ersten Konflikt zwischen dem Verfassungsgericht und der regierenden PiS-Partei geführt, der auch die EU-Kommission in Sorge um die Fortgeltung des Rechtsstaatsprinzips in Polen zum Einschreiten veranlasst hat. Weitere Themen im Heft sind die Medienfreiheit in Polen, die neuen Formen der Leistungsverwaltung in Russland sowie die Rolle der Mediation im tschechischen und slowakischen Rechtssystem.



Die politische Krise im Osten Europas bringt auch dem „Ostrecht“ wieder mehr Bedeutung. In Ungarn und Polen droht die Auflösung des demokratischen Rechtsstaates. Der Angriff auf die unabhängige Justiz kommt einer „Politisierung“ der gesamten Rechtsordnung gleich. In Ausgabe 2/2018 [Die Rechtsentwicklung in turbulenten Zeiten: Polen, Ukraine, Russland, Ungarn und Albanien](#) erörtern Felix Jacobs und Mareike Wiemker in ihrem Beitrag die zentralen Fragen der Rechtsstaatlichkeitskrise und warnen, dass auch der Westen nicht immun gegen die Ausbreitung dieser Krise ist. In weiteren Aufsätzen geht es um die Modernisierung des Rechts in der Ukraine am Beispiel des Online-Shoppings und persönlicher Kreditsicherheiten; um das Konzept der negativen Dienstbarkeiten im russischen Recht und die Grenzen des Sachenrechts; um die Entwicklung des ungarischen Sozialrechts; um die Vereinbarkeit des polnischen Rechts über landwirtschaftliche Grundstücke mit dem europäischen Recht; um die Auswirkungen des neuen polnischen Insolvenzrechts auf die Sanierungschancen; um die polnische Diskussion über die Einführung des Insolvenzregisters in Polen und um das deutsche und polnische Erbrecht bei der Frage des Weiterbestehens von Auftrag und Vollmacht im Todesfall.

Inhalt

Piotr Czarny
Der Streit um den Verfassungsgerichtshof in Polen 2015–2016

Andrzej Dziadzio
Quis custodiet ipsos custodes?
Die Auseinandersetzung um den Verfassungsgerichtshof in Polen (2015–2016)

Szymon Pawłowski
Die Verfassung als Maßstab, die Nichtbeachtung des VerfGHG
Das Urteil des polnischen Verfassungsgerichtshofs vom 9. März 2016

Tina de Vries
Medienfreiheit in Polen

Julian-Ivan Beriger
Leistungsverwaltung in Russland
Das System der staatlichen und kommunalen Dienstleistungserbringung

Michał Malacka
Mediation als Appropriate Dispute Resolution im tschechischen und slowakischen Rechtssystem

Rainer Arnold
Bogusław Banaszak – ein Nachruf

Inhalt

Wojciech Bańczyk
Der Auftrag und die damit verbundene Vollmacht nach dem Tod der Parteien solcher Rechtsverhältnisse. Weiterbestehen im polnischen u. deutschem Rechtssystem

Valentina Sloma
Besonderheiten bei der Umsetzung der zivilrechtlichen Verpflichtung von Bürgen und Garanten im ukrainischen Recht

Tetiana Drakohurst
Legal Aspects of Online Shops in Ukraine

Tatyana S. Krasnova
Negative Servitude in Russian Law

Miriam J. Michalski
Przygotowana Likwidacja (pre-pack): Endlich eine schnelle Rettung für polnische Unternehmen (?)

Felix Jacobs, Mareike Wiemker
Instruktive Analyse der Verfassungskrise Polens und Ungarns

Patrick R. Hoffmann, Friederike Kurre, Ilona Schütze
Bauernland in Bauernhand? Eine unionsrechtliche Untersuchung des polnischen Gesetzes über die Gestaltung der landwirtschaftlichen Flächenstruktur

Wolfgang Stoppel
Albanien – neues Minderheitenschutzgesetz

András Téglási
Social Security in Hungary Before and After the Fundamental Law of 2012 in Light of the Jurisprudence of the Constitutional Court

Przemysław Wołowski
Polnisches Insolvenzregister

Bestellungen

Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der Lieferadresse per Mail an den Nomos-Verlag: abo@nomos.de. Einzelhefte der OSTEUROPA-RECHT kosten 21,00 Euro, ein Jahresabonnement kostet 98,00 Euro (für Mitglieder der DGO 79,00 Euro) zzgl. Versandkosten.

Länder-Analysen

Die DGO ist Mitherausgeberin eines Verbunds von Länder-Analysen, die aktuelle Analysen, Fakten und Chroniken der Entwicklungen in Osteuropa, im Kaukasus und in Zentralasien bieten.

Alle Analysen sind unter www.laender-analysen.de kostenlos zugänglich.

Belarus-Analysen

Belarus-Analysen Nr. 36 (05.04.2018)
[Frauen in Staat und Politik in Belarus](#)

Belarus-Analysen Nr. 37 (31.05.2018)
[Nationalgedanke, Erinnerungskultur und Geschichtspolitik](#)

Polen-Analysen

Polen-Analysen Nr. 211 (23.01.2018)
[Zwei Jahre Regierungstätigkeit der PiS](#)

Polen-Analysen Nr. 212 (06.02.2018)
[Frauenrechte](#)

Polen-Analysen Nr. 213 (20.02.2018)
[Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat unter der PiS-Regierung](#)

Polen-Analysen Nr. 214 (06.03.2018)
[Die PiS und die Volksrepublik](#)

Polen-Analysen Nr. 215 (20.03.2018)
[Polen 1918–2018](#)

Polen-Analysen Nr. 216 (17.04.2018)
[Die Justizreform – Folgen für Polen und Europa](#)

Polen-Analysen Nr. 217 (02.05.2018)
[Zivilgesellschaft und Demokratie in Polen und den anderen Visegrád-Ländern](#)

Polen-Analysen Nr. 218 (15.05.2018)
[Polen 1918 – 2018 II](#)

Polen-Analysen Nr. 219 (05.06.2018)
[Das patriotische Narrativ in Polens Kulturpolitik nach 2015](#)

Polen-Analysen Nr. 220 (19.06.2018)
[Die Wirtschaftspolitik der PiS-Regierung](#)

Polen-Analysen Nr. 221 (03.07.2018)
[Immigration und Politik](#)

Russland-Analysen

Russland-Analysen Nr. 347 (18.01.2018)
[Russlands Opposition vor den Präsidentschaftswahlen](#)

Russland-Analysen Nr. 348 (02.02.2018)
[Elitenkonflikte in der Erdölindustrie: Der Fall Rosneft](#)

Russland-Analysen Nr. 349 (16.02.2018)
[Diskriminierung von Minderheiten: LGBT und Menschen mit HIV/Aids](#)

Russland-Analysen Nr. 350 (09.03.2018)
[Ausblick auf die Präsidentschaftswahlen](#)

Russland-Analysen Nr. 351 (23.03.2018)
[Präsidentschaftswahlen in Russland 2018](#)

Russland-Analysen Nr. 352 (06.04.2018)
[Machtsicherung und Image](#)

Russland-Analysen Nr. 353 (20.04.2018)
[Regionale Integration in Eurasien](#)

Russland-Analysen Nr. 354 (04.05.2018)
[Deutsche Russlandpolitik und Russlands Gaswirtschaft](#)

Russland-Analysen Nr. 355 (18.05.2018)
[Rechts, links und dazwischen: Politische Ideologien in Russland](#)

Russland-Analysen 356 (08.06.2018)
[Russland im Nahen Osten: Interessens- und Akteurskonstellationen](#)

Russland-Analysen Nr. 357 (22.06.2018)
[Fußball-WM in Russland: Sport, Politik und Wirtschaft](#)
[Senzows Hungerstreik](#)

Russland-Analysen Nr. 358 (06.07.2018)
[Zurück in die Zukunft: Historische Traditionen und Erinnerungskultur](#)

Ukraine-Analysen

Ukraine-Analysen Nr. 194 (25.01.2018)
[Der bewaffnete Konflikt in der Ostukraine](#)
[Korruption und die Perspektive des Reformprozesses](#)

Ukraine-Analysen Nr. 195 (08.02.2018)
[Erneuerbare Energien](#)
[Erdgastransit](#)

Ukraine-Analysen Nr. 196 (22.02.2018)
[Saakaschwili](#)
[Nationale Identität: Sprache und Geschichtsbild](#)

Ukraine-Analysen Nr. 197 (08.03.2018)
[Der aktuelle Erdgaskonflikt](#)
[Dezentralisierung und lokale Selbstverwaltung](#)
[Wirtschaftsentwicklung und Reformprozess](#)

Ukraine-Analysen Nr. 198 (23.03.2018)
[Der aktuelle Erdgaskonflikt](#)
[Dezentralisierung und lokale Selbstverwaltung](#)
[Wirtschaftsentwicklung und Reformprozess](#)

Ukraine-Analysen Nr. 199 (12.04.2018)
[Geschichtsbilder im Konflikt – Ukraine und Polen](#)
[Perspektiven des Erdgashandels](#)

Ukraine-Analysen Nr. 200 (27.04.2018)
[Rentenreform](#)
[Sozialdaten](#)

Ukraine-Analysen Nr. 201 (11.05.2018)
[Russlands Einmischung in der Ukraine](#)
[Lage in der Ostukraine](#)

Ukraine-Analysen Nr. 202 (25.05.2018)
[Visafreiheit](#)
[Zivilgesellschaft](#)
[Abschuss von Flug MH17](#)

Ukraine-Analysen Nr. 203 (15.06.2018)
[Situation der LSBTI-Community](#)
[Verwaltungsreform](#)
[Bewaffneter Konflikt in der Ostukraine](#)
[Oleg Senzow](#)

Ukraine-Analysen Nr. 204 (06.07.2018)
[Wahlrechtsreform und Parteien](#)
[Verhältnis zu den USA](#)
[Bewaffneter Konflikt in der Ostukraine](#)

Zentralasien-Analysen

Zentralasien-Analysen Nr. 121 (26.01.2018)
[Tadschikistan und die chinesische „Belt and Road“-Initiative](#)

Zentralasien-Analysen Nr. 122 (23.02.2018)
[Die neue Außenpolitik Usbekistans](#)

Zentralasien-Analysen Nr. 123 (29.03.2018)
[Kirgistans Mitgliedschaft in der Eurasischen Wirtschaftsunion](#)

Zentralasien-Analysen Nr. 124 (27.04.2018)
[Arbeitsmigration und Feminisierung der Landwirtschaft in Tadschikistan und Usbekistan](#)

Zentralasien-Analysen Nr. 125 (25.05.2018)
[Expertenmeinungen zur Situation in Turkmenistan \(1\)](#)

Zentralasien-Analysen Nr. 126 (29.06.2018)
[Expertenmeinungen zur Situation in Turkmenistan \(2\)](#)

Caucasus Analytical Digest

Caucasus Analytical Digest No. 100 (29.11.2017)
[Georgia's Domestic Political Landscape](#)

Caucasus Analytical Digest No. 101 (26.01.2018)
[Urbanization and Urban Public Policy in Baku](#)

Caucasus Analytical Digest No. 102 (23.03.2018)
[Public Opinion in Georgia: New Caucasus Barometer Results](#)

Caucasus Analytical Digest No. 103 (14.06.2018)
[Access to Healthcare](#)

Russian Analytical Digest

Russian Analytical Digest No. 213 (07.02.2018)
[2017 in Preview, Perspectives for 2018](#)

Russian Analytical Digest No. 214 (28.02.2018)
[The Armed Conflict in Eastern Ukraine](#)

Russian Analytical Digest No. 215 (09.03.2018)
[Russia before the Presidential Elections 2018](#)

Russian Analytical Digest No. 216 (21.03.2018)
[Winter Olympics/World Cup](#)

Russian Analytical Digest No. 217 (26.03.2018)
[Russian Presidential Elections](#)

Russian Analytical Digest No. 218 (10.04.2018)
[Agenda and Challenges for Putin's New Term](#)

Russian Analytical Digest No. 219 (03.05.2018)
[Russia in the Middle East](#)

Russian Analytical Digest No. 220 (16.05.2018)
[Political Economy](#)

Russian Analytical Digest No. 221 (11.06.2018)
[Russian Natural Gas Export to Europe](#)

Russian Analytical Digest No. 222 (18.06.2018)
[North Caucasus](#)

Ein Stolperstein für Wolfgang Leppmann

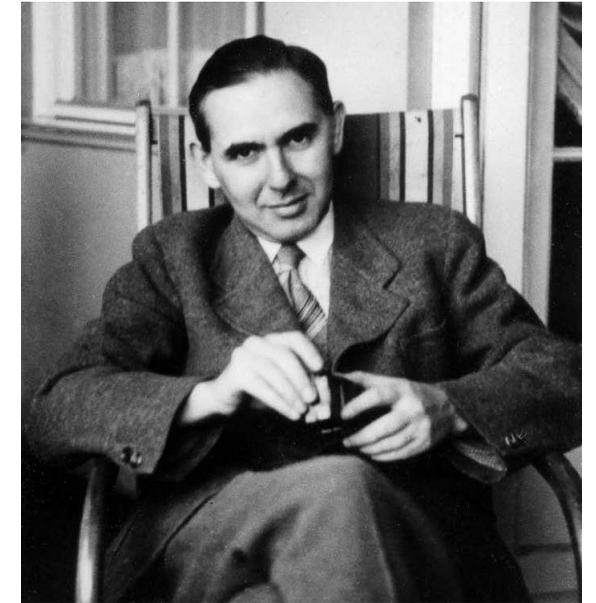
Bericht: Felix Eick

Fotos: Felix Eick, unbekannt

Seit dem 15. Juni 2018 erinnern in Berlin sechs Stolpersteine an die Familie Leppmann. Einer ist dem in Auschwitz ermordeten OSTEUROPA-Mitarbeiter Wolfgang Leppmann gewidmet, die anderen fünf seinen Eltern und Geschwistern, die in die USA und nach Persien flohen.

Wolfgang Leppmann, Jahrgang 1902, stammte aus einer jüdischen Familie, die zum Protestantismus konvertiert war. Er wuchs in Moabit auf und besuchte humanistische Gymnasien in Charlottenburg. An der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin studierte er Geschichte und Slawistik. Seine Doktorarbeit schrieb Leppmann bei Otto Hoetzsch, auf dessen Initiative 1913 die *Deutsche Gesellschaft zum Studium Russlands* gegründet worden war, die spätere *Gesellschaft zum Studium Osteuropas* (DGSO). Ab 1928 publizierte Leppmann in OSTEUROPA und arbeitete an Editionsprojekten unter Hoetzschs Leitung mit.

Obwohl seine berufliche und persönliche Lage nach der Machtergreifung der NSDAP immer schlechter wurde, blieb Leppmann in Berlin. Im Sommer 1933 kündigte ihm die gleichgeschaltete DGSO. 1936 erkannten ihm die Behörden den Dokortitel ab. Danach schlug er sich als Übersetzer und Privatlehrer durch. 1940 wurde Leppmann zur Zwangsarbeit in der Kriegswirtschaft



Wolfgang Leppmann um 1935

eingezogen. Im November 1942 tauchte er unter, um der Deportation zu entgehen. Am 9. Dezember 1942 wurde er verhaftet und wegen seiner Beziehung mit einer Nicht-Jüdin verurteilt. Im Sommer 1943 folgte die Deportation nach Auschwitz, wo er am 14. September 1943 ermordet wurde. Daran erinnert nun der Stolperstein, der einzige Ort des Gedenkens an Wolfgang Leppmann.

Die Stolpersteinverlegung erfolgte auf Initiative der Neffen und Großneffen Leppmanns. Die Neffen Willy Schwarz und John Leppmann (Vermont) erinnerten bei der Zeremonie an das Leben und die Geschichte der Familie. Verlegt wurden die Steine vom Künstler Gunter Demnig, der die sechs Steine einem Stammbaum gleich anordnete. Sie würdigen fortan an der Ecke Siegmunds Hof 1/Bachstraße in Berlin-Tiergarten das Schicksal der Leppmanns.



Mitglieder

Protokoll der Mitgliederversammlung

8. März 2018, 14.00 bis 16.30 Uhr
in der Carl Friedrich von Siemens Stiftung,
Südliches Schloßrondell 23, 80638 München

Protokoll: Gabriele Freitag

Fotos: Friedrich Schmidt, LMU München

1. Verabschiedung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 16. März 2017

Der Präsident der DGO, Ruprecht Polenz, begrüßte die anwesenden Mitglieder. Er stellte fest, dass die Einladung zur Mitgliederversammlung fristgemäß an die Mitglieder versandt wurde. Er wies darauf hin, dass im Vergleich zur ursprünglichen Fassung der Tagesordnungspunkt „Universitäten unter politischem Druck: die Central European University in Budapest und die European University in St. Petersburg“ zusätzlich eingefügt wurde (TOP 10). Die Mitglieder wurden am 28. Februar per E-Mail über diese Änderung informiert.

Ruprecht Polenz bat um ein kurzes Gedenken an die verstorbenen Mitglieder der Gesellschaft:

Dr. Alexei Sekarev;
verstorben am 14. November 2016 (die DGO erhielt die Information erst im April 2017)

Dr. Gyula István Józsa;
verstorben am 13. September 2017

Im Anschluss daran bat er um Verabschiedung des Protokolls der letzten Mitgliederversammlung, das im Rundbrief 1/2017 der DGO veröffentlicht wurde. Es gab keine Änderungswünsche seitens der Mitglieder.

2. Tätigkeits- und Finanzbericht für das Jahr 2017

Den Mitgliedern wurde vor der Mitgliederversammlung ein Tätigkeits- und Finanzbericht ausgehändigt. Gabriele Freitag berichtete über die Veranstaltungen der Geschäftsstelle im vergangenen Jahr und wies dabei besonders auf die Veranstaltungen außerhalb Berlins sowie die Veranstaltungen der Zweigstellen hin. Die Finanzierung der Länder-Analysen, die von der DGO gemeinsam mit anderen Partnern herausgegeben werden, konnte im Jahr 2017 durch die Gewinnung neuer Mitherausgeber bis Ende 2020 sichergestellt werden. Manfred Sapper berichtete über die Publikationen der Zeitschrift OSTEUROPA. Er erläuterte außerdem, dass die Digitalisierung der Zeitschrift voranschreitet, dass die DGO dadurch aber einen Rückgang der Verkaufszahlen in Kauf nehmen muss. Caroline von Gall stellte die Themenschwerpunkte der OSTEUROPA-RECHT im Jahr 2017 vor und berichtete über den Wechsel der Zeitschrift zum Nomos-Verlag (für Details zu Veranstaltungen und Publikationen s. Rundbriefe 2017). In Vertretung des Geschäftsführenden Vorstandsmitglieds Sebastian Lentz trug Gabriele Freitag den Finanzbericht für das vergangene Jahr vor.



Jan Kusber, Ruprecht Polenz, Gabriele Freitag

3. Bericht der von der Mitgliederversammlung bestellten Rechnungsprüfer für das Haushaltsjahr 2017

Grundlage des Berichts: Rechnungsprüfung durch Christian Meier und Manuela Troschke am 19. Februar 2018 in der Geschäftsstelle der DGO.

Manuela Troschke trug den Bericht der Rechnungsprüfer vor und stellte fest, dass die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel in Übereinstimmung mit dem Zweck der Gesellschaft sowie eine sachgerechte Verbuchung und transparente Dokumentation der Ein- und Ausgaben erfolgt seien. Die Rechnungsprüfer hoben hervor, dass die DGO zusätzlich zur Einwerbung von Drittmitteln und Spenden weitere Mittel für ihre Aktivitäten durch Kooperationen mit anderen Partnern akquirierte. Sie verwiesen außerdem auf das ehrenamtliche Engagement der Vorstandsmitglieder, das der Entwicklung und Erhaltung der DGO sehr zugute komme.

Die Rechnungsprüfer schlugen die Entlastung des Vorstands vor.

4. Aussprache über den Tätigkeits- und Finanzbericht

Ruprecht Polenz forderte die Mitglieder zur Aussprache über den Tätigkeits- und Finanzbericht auf.

Martin Schulze Wesel zollte der DGO Anerkennung für ihre Arbeit und hob vor allem die Qua-

lität der Zeitschrift OSTEUROPA hervor. Wolfgang Rohde-Liebenau dankte der DGO vor allem für ihre Arbeit im Bereich der Geschichtsaufarbeitung und regte an, mit Memorial eine gemeinsame Veranstaltung zur Aufarbeitung der Geschichte der sowjetischen Geheimdienste durchzuführen.

5. Entlastung des Vorstands

Mit Bezug auf den Vorschlag der Rechnungsprüfer bat Ruprecht Polenz um Abstimmung über die Entlastung des Vorstands. Die Entlastung des Vorstands wurde bei Enthaltung des Vorstands einstimmig beschlossen.

6. Bestellung der Rechnungsprüfer für das Haushaltsjahr 2018

Ruprecht Polenz teilte mit, dass Christian Meier und Manuela Troschke bereit seien, auch für das Jahr 2018 die Rechnungsprüfung zu übernehmen.

Die Mitglieder wählten Christian Meier und Manuela Troschke bei drei Enthaltungen zu den Rechnungsprüfern für das Haushaltsjahr 2018.

7. Fachtagungen 2018

Ruprecht Polenz berichtete darüber, dass die DGO ihre Mitglieder gerne stärker in die Aktivitäten der Gesellschaft einbinden möchte. Auch die Fachgruppen sollen stärker zu einem Forum für den disziplinären und interdisziplinären Austausch genutzt werden. Die wichtigste Aufgabe der Fachgruppen ist die Organisation von Tagungen im zweijährigen Rhythmus. Die Fachgruppen könnten darüber hinaus auch als Forum für den inhaltlichen und wissenschaftspolitischen Austausch genutzt werden und die Funktion von Interessenvertretungen für osteuropaspezifische Themen übernehmen. Dazu sei es notwendig, Ansprechpersonen innerhalb der einzelnen Fachgruppen zu benennen. Diese Funktion wurde bisher in der Regel von Mitgliedern aus dem Vorstand wahrgenommen. Der Vorstand möchte die Mitglieder auffordern, selbst Vorschläge für geeignete Ansprechpersonen in den einzelnen Disziplinen zu machen. Angestrebt werden Doppelspitzen, die beispielsweise mit einer Person aus dem Vorstand und einem weiteren Mitglied oder arrierten Wissenschaftlerinnen bzw. Wissenschaftlern und

Juniorwissenschaftlern besetzt werden. In den Fällen, in denen es bereits disziplinäre Vereinigungen außerhalb der DGO gibt, wird angestrebt, die Aktivitäten stärker mit diesen abzustimmen.

Die Initiative wurde insgesamt positiv aufgenommen. Kontrovers diskutierten die Mitglieder darüber, in welcher Weise junge Mitglieder in die Sprecherfunktion einbezogen werden sollten. Dabei ging es vor allem um die Frage, ob ein solches Engagement für diese karriereförderlich oder zu zeitaufwändig sei. Aufgeworfen wurde auch die Frage, ob die DGO die geeignete Ansprechpartnerin für die wissenschaftlichen Disziplinen sei, die eher nicht auf Regionen fokussiert seien. Gerade weil die Regionalstudien in vielen Disziplinen keine Rolle spielen, könnte die DGO hier eine wichtige Stimme zur Stärkung der Regionalexpertise sein. Außerdem könnten die Fachtagungen auch Journalistinnen und Journalisten einbeziehen, die eine außerakademische Perspektive auf die Region und regionenbezogene Themen haben.

Gabriele Freitag berichtete anschließend über die geplanten Fachtagungen im Jahr 2018. Für das Jahr



Vera Rogova, Konstanze Jüngling

2018 sind drei Fachtagungen geplant. Die Fachtagung Geschichte findet am 26. und 27. April in Moskau statt. Die Tagung steht unter dem Thema „Imperial Cities. The Tsarist Empire, the Habsburg Empire and the Ottoman Empire in Comparison“. Am 16. und 17. November wird in Berlin die Fachtagung Wirtschaft zum Thema „Shaping Eastern European Societies and Economies: Culture, Religion and Historical Legacies“ stattfinden. Ebenfalls für November geplant ist die Fachtagung

Recht, bei der es um Brüche und Kontinuitäten in der Rechtsentwicklung im 20. und frühen 21. Jahrhundert geht. Die Tagung wird in Köln stattfinden. Der Termin wird noch bekannt gegeben.

8. Jahrestagung 2018

Ruprecht Polenz berichtete, dass das Thema der Jahrestagung 2019 noch nicht feststeht. Themenvorschläge werden gerne entgegengenommen. Tagungsort ist Berlin. Bei der vorher stattfindenden Mitgliederversammlung wird der DGO-Vorstand neu gewählt.

9. Angebote für junge DGO-Mitglieder

Ruprecht Polenz erläuterte zur Einführung, dass es sowohl seitens des Vorstands als auch seitens einer Initiative junger DGO-Mitglieder die Bestrebung gibt, die DGO stärker für junge Menschen attraktiv zu machen.

Daraus entwickelte sich in den vergangenen Monaten ein intensiver Austausch.

Die DGO-Mitglieder Konstanze Jüngling und Vera Rogova berichteten über den bisherigen Stand der Planungen. Im Januar führte die DGO eine Befragung unter Mitgliedern bis zum Alter von 35 Jahren durch, um deren Motivation für den Eintritt in die DGO und ihr Interesse an besonderen Angeboten zu erfragen [für die Auswertung s. S. 30]. Die Ergebnisse der Umfrage wurden bei einem Workshop im Februar ausgewertet. Ziel ist es jetzt, mehr junge Mitglieder für die gemeinsame Ausarbeitung von zielgruppenspezifischen Angeboten zu gewinnen. Dazu soll im Herbst eine eigene Veranstaltung stattfinden. Geplant ist auch, die Zweigstellen stärker als

Foren für junge Mitglieder zu nutzen.

In der anschließenden Diskussion wurde hervorgehoben, dass die DGO sowohl im akademischen als auch im außerakademischen Bereich eine Plattform für junge Menschen mit einem beruflichen Interesse an Ostmittel- und Osteuropa bieten sollte. Gerade im Bereich der Berufsorientierung gebe es hier einen hohen Bedarf.

10. Universitäten unter politischem Druck: die Central European University in Budapest und die European University in St. Petersburg

Ruprecht Polenz verwies darauf, dass die DGO als Wissenschaftsorganisation die Interessen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern vertritt, die sich mit Osteuropa beschäftigen. Obwohl das Augenmerk dabei vor allem auf der Situation der Osteuropastudien im deutschsprachigen Raum liegt, verfolgt die DGO auch die Situation der Wissenschaften in der Zielregion. Polenz verwies auf den zunehmenden innenpolitischen Druck, dem die beiden internationalen Universitäten Central European University in Budapest und European University in St. Petersburg ausgesetzt sind.

Martin Schulze Wessel gab einen kurzen Überblick über die aktuelle Situation beider Hochschulen, die seit einiger Zeit in ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit eingeschränkt werden. In beiden Fällen hat sich im Laufe des letzten Jahres der Eindruck erhärtet, dass es sich um eine bewusste Beschneidung der akademischen Freiheiten beider Universitäten handelt.

Ruprecht Polenz gab abschließend zu bedenken, dass die internationale Solidarität ein wichtiger Motor der Studentenbewegung 1968 gewesen sei, dass diese aber in den letzten Jahrzehnten deutlich abgenommen habe. Er verwies auf einen Briefentwurf an den ungarischen Botschafter mit dem Aufruf zur Unterstützung der Central European University. Der Entwurf wurde vor der Mitgliederversammlung ausgegeben und soll in elektronischer Form an alle Mitglieder und weitere Personen aus dem Umfeld der DGO versendet werden. Interessenten haben die Möglichkeit, den Brief mitzuzeichnen.



Peter Lindner



Martin Schulze Wessel

11. Verleihung des Klaus-Mehnert-Preises

Im Anschluss fand die Verleihung des Klaus-Mehnert-Preises statt. Insgesamt wurden 14 Arbeiten aus sieben Disziplinen eingereicht. Die Arbeiten wurden in einem mehrstufigen Verfahren im Vorstand gesichtet.

Der Vorstand entschied, den diesjährigen Förderpreis der DGO an den Geographen Alexander Vorbrugg für seine Dissertation *Dispersed Dispossession. New Agricultural Players, Local Political Economies and De/structural Violence in Rural Russia* zu vergeben.

Ruprecht Polenz dankte der Klaus-Mehnert-Gedächtnis-Stiftung, die auch im Jahr 2018 das Preisgeld stiftet. Die Laudatio hielt der wissenschaftliche Betreuer der Arbeit, Peter Lindner, von der Goethe-Universität in Frankfurt am Main [für die Zusammenfassung der Dissertation und den Auszug aus der Laudatio s. S. 28–29]. In seiner Danksagung verwies der Preisträger unter anderem auf die Relevanz deutsch-russischer Forschungsk Kooperationen, vor allem vor dem Hintergrund der zunehmenden außenpolitischen Spannungen und neuer Bündnisse am politisch rechten Rand beider Staaten.

12. Verschiedenes

Es wurden keine weiteren Punkte behandelt. Der Präsident Ruprecht Polenz schloss die Versammlung um 16:30 Uhr und lud alle Mitglieder zur Eröffnung der Jahrestagung ein.

Klaus-Mehnert-Preis

Alexander Vorbrugg wurde für seine Dissertation *Dispersed Dispossession. New Agricultural Players, Local Political Economies and De/structural Violence in Rural Russia* mit dem Klaus-Mehnert-Preis 2017 ausgezeichnet. Der Geograph ist Postdoktorand am Geographischen Institut der Universität Bern.



Peter Lindner, Alexander Vorbrugg, Ruprecht Polenz

Zusammenfassung

von Alexander Vorbrugg

Konträre Bilder prägen die mediale Darstellung des ländlichen Russlands. Häufig werden ländliche Orte und Bevölkerungsgruppen als vermeintlich hoffnungslose Verlierer der postsowjetischen Transformation dargestellt, gezeichnet von Verfall und Alkoholismus. An anderen Stellen wird ein riesiges landwirtschaftliches Potenzial betont, das perspektivisch relativen Wohlstand für die ländliche Bevölkerung, Profite für Unternehmen und Ernährungssicherheit für den Staat versprechen soll. Kritische Stimmen warnen jedoch gerade vor diesem Hintergrund vor der Gefahr eines Landraubs ungekannten Ausmaßes.

Auf der Grundlage mehrmonatiger Feldforschung beschreibt Alexander Vorbrugg in *Dispersed Dispossession* Wandlungsprozesse und Lebensrealitäten, die in keines dieser Bilder passen. Armut, relative Perspektivlosigkeit, Verluste und strukturelle Benachteiligung gehören für viele Bewohner*innen ländlicher Orte seit vielen Jahren zur Alltagsrealität. Die Entwertung des Agrarbereichs und der Verfall von Produktionsinfrastrukturen und sozialen Unterstützungsfunktionen, die weiterhin stark mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Agrarsystems assoziiert werden, bleiben vielerorts prägend. Gleichzeitig bringen für sie Investitionsprojekte häufig wenig unmittelbare Verbesserungen mit sich. Das macht die ländliche Bevölkerung jedoch nicht zu passiven Opfern dieser Umstände.

Dispersed Dispossession beschreibt solche Ausgangslagen auf der Grundlage von ethnographischer Forschung und historischer Kontextualisierung. Das resultierende Bild ist nicht nur komplex und vielschichtig, es bietet auch einen fruchtbaren Ausgangspunkt, um Theorien und Debatten um ländliche Enteignung kritisch zu hinterfragen und zu erweitern. So hat beispielsweise die „Land Grabbing“-Debatte mit ihrem Fokus auf

Ackerland als Subsistenzgrundlage und umkämpftes Gut das Bild der „typischen“ ländlichen Enteignung nachhaltig geprägt. Auf die Situation in Russland lässt sich ein solches Schema schwer übertragen. Mehr als um Land geht es hier häufig um den Verlust sozialer Güter wie etwa Formen lokaler und staatlicher Absicherung und Unterstützung, um prekäre Infrastrukturen und Institutionen sowie längerfristige Prozesse, die das Nachdenken über Enteignung vor Herausforderungen stellen.

Der Autor erarbeitet Konzepte, die es ermöglichen sollen, Enteignungsprozesse in solchen Kontexten adäquater zu erfassen. Hierfür bringt er die von ihm interviewten Dorfbewohner*innen in einen fruchtbaren Dialog mit theoretischen Debatten unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen. Der Enteignungsbegriff wird dabei in mehrfacher Hinsicht dezentriert und erweitert: Über privates Landeigentum und Subsistenzwirtschaft hinaus und hin zu sozialen Gütern und den institutionellen Bedingungen lokaler Subsistenz; über ereignishafte Enteignungsmomente hinaus, um verwobene zeitliche Verläufe und verstetigte Prekarität als Zustand des Enteignet-Seins analytisch fassen zu können; und nicht zuletzt auch hin zur erneuten Auseinandersetzung mit der Frage, in welchen Weisen der historische Kontext postsowjetischer Transformation für die gegenwartsbezogene Analyse und Kritik ländlicher Enteignungsprozesse relevant bleibt.

Die Dissertation wurde von Prof. Dr. Peter Lindner betreut und 2017 am Fachbereich Geowissenschaften der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main eingereicht.

Auszug aus dem Gutachten des Betreuers Prof. Dr. Peter Lindner

Das Dissertationsvorhaben von Alexander Vorbrugg war mit Blick auf die Durchführbarkeit von Beginn an ein Wagnis. Großinvestitionen in die Landwirtschaft sind ein Thema, mit dem sich Forscher in den betroffenen Regionen schnell unbeliebt machen; drei regional weit voneinander entfernt liegende Fallbeispiele vergleichend zu untersuchen bedeutete, sich drei Mal dem hohen Risiko auszusetzen, nach einer zeitaufwändigen Annäherung am Ende doch vor verschlossenen Türen zu stehen. Dass Vorbrugg dieses Wagnis eingegangen ist, hat sich ohne Frage gelohnt. Meisterhaft ist es ihm gelungen, sich den empirischen Zugang zu einem in politischer ebenso wie in sozialer Hinsicht sehr sensiblen Feld zu erarbeiten und mit seiner Dissertation eine ausgeprägte Forschungslücke zu füllen.

Ausgangspunkt für das Forschungsprojekt war die Annahme, dass die oft als „land grabbing“ bezeichneten Großinvestitionen in Agrarland mit schwerwiegenden Folgen für die Bevölkerung im ländlichen Raum verbunden sind. Doch in kontinuierlicher Auseinandersetzung mit den Ergebnissen seiner empirischen Arbeit greift Vorbrugg nicht vorschnell auf etablierte Konzepte und Einordnungen wie „accumulation by dispossession“ oder „strukturelle Gewalt“ zurück. Vielmehr kommt er zu einer kritisch-distanzierten Bewertung im Hinblick auf deren Verwendung im postsozialistischen Kontext, der anders als viele andere betroffene Regionen von großbetrieblichen Strukturen, planwirtschaftlichem Erbe, radikal-marktwirtschaftlichen Liberalisierungsprojekten in den 1990er Jahren und dem Putin'schen Autoritarismus seit 2000 geprägt ist. Vorbruggs besonderes Verdienst ist es, dass er die Entwicklung dieser Position, das ständige Hinterfragen und Revidieren im Lauf des Forschungsprozesses sowie die Suche nach neuen Ankerpunkten nicht nachträglich glättet, um ein kohärentes Forschungsdesign an den Anfang seiner Arbeit stellen zu können, sondern zu einer spannenden Erzählung eines Projekts verarbeitet, das viele Überraschungen bereithielt und Neuorientierungen erforderlich machte.

Vorbrugg zeichnet das differenzierte Bild eines Akkumulationsprozesses, der allzu oft auf wenige Faktoren und Entwicklungslinien reduziert wird. Überzeugend argumentiert er, dass die Folgen wesentlich komplexer sind, als es weithin wahrgenommen wird, und kommt zu

dem Ergebnis, dass dementsprechend auch die Haltung der Betroffenen alles andere als eindeutig und einheitlich ist. Seine Konsequenz ist freilich nicht, der Landakkumulation eine Unbedenklichkeitserklärung auszustellen, sondern ein weiter gefasstes Enteignungskonzept zu verwenden, das er als „dispersed dispossession“ bezeichnet. Dass eine inhaltlich zu stark auf Agrarland oder die Landwirtschaft und zeitlich auf die Entwicklungen des letzten Jahrzehnts konzentrierte Enteignungskritik des „land grabbing“ auf tönernen Füßen steht, ist ein zentraler Ausgangspunkt dieses Konzepts.

Aus diesem Grund nimmt Vorbrugg die gescheiterten Reformvorhaben seit dem Ende der Sowjetunion in den Blick, all die mal strukturellen, mal ereignishaften Krisen, angesiedelt in verschiedensten Lebensbereichen und hervorgerufen durch ganz unterschiedliche Akteure, manchmal miteinander verknüpft, manchmal disparat nebeneinander – sie alle hängen eng mit der Transformation eines auf der Landwirtschaft basierenden regionalen Entwicklungsmodells zusammen, wurden als Enteignungen erlebt und müssen auch so verstanden werden. Es ist diese Geschichte, die dafür verantwortlich ist, dass Großinvestitionen in Agrarland in einigen Fällen kaum problematisiert werden – weil die in den vergangenen Jahrzehnten entstandenen „Leerstellen“ sich nicht beim Landeigentum, sondern ganz woanders befinden. Intensiv setzt sich Vorbrugg mit der Frage auseinander, wie sich diese Gewalterfahrung der Bevölkerung im ländlichen Raum konzeptionell fassen lässt und macht mit dem Begriff der „de/structural violence“ deutlich, dass strukturelle Gewalt nicht nur in Strukturen, sondern auch in deren Abwesenheit wurzeln kann, welche die Betroffenen der Willkür der sich wandelnden Umstände ausliefert. Die Balance zwischen begrifflich-konzeptioneller Anschlussfähigkeit an interdisziplinäre Debatten zu struktureller Gewalt und abgrenzender Präzisierung im Hinblick auf die empirischen Fallstudien im ländlichen Russland bleibt dabei ein wichtiges Spannungsfeld der vorliegenden Arbeit.

Alexander Vorbrugg hat eine beeindruckende Dissertation vorgelegt. Da es ihm gelingt zu vielem, was in der Literatur als *common sense* gilt, neue Fragen aufzuwerfen, ungewohnte Perspektiven zu eröffnen, veränderte Einordnungen vorzunehmen und neue Verbindungen herzustellen ist die Lektüre nicht nur für all diejenigen, die mit der Thematik vertraut sind, ein Genuss!

Förderung und Vernetzung junger Mitglieder

Ziel der DGO ist es, Osteuropainteressierte aus unterschiedlichen Kontexten zusammenzubringen und ihnen einen Austausch zu ermöglichen. Dies gilt insbesondere auch für junge Menschen wie Studierende und Promovierende, die bisher jedoch kaum mehr als zehn Prozent aller Mitglieder ausmachen. Eine Gruppe junger DGO-Mitglieder hat 2017 eine Diskussion darüber initiiert, wie die DGO für junge Menschen attraktiver gestaltet und junge Mitglieder aktiver eingebunden werden können.

Im Januar und Februar 2018 führte die DGO eine Online-Umfrage unter allen DGO-Mitgliedern bis zu 35 Jahren durch. Ziel war es, mehr über die Mitgliederstruktur zu erfahren sowie das Interesse an spezifischen Angeboten für junge Mitglieder abzufragen. Dabei zeigte sich zum einen eine stärkere regionale Verteilung, als es durch die häufig auf Berlin konzentrierten Angebote und Aktivitäten der DGO zu erwarten wäre. So gaben nur 8 von insgesamt 29 Respondenten/innen Berlin als ihren

Wohnort an. Dieser Befund spricht dafür, zukünftig die Zweigstellen stärker für junge Mitglieder zu aktivieren. Eine überwiegende Mehrheit der Befragten sprach sich für spezifische Angebote für junge DGO-Mitglieder aus. Interesse bestand vor allem an der Möglichkeit zur Präsentation und Diskussion eigener Arbeiten, an Angeboten für die Vernetzung junger Mitglieder untereinander, dem Austausch mit beruflich etablierten Mitgliedern und/oder Persönlichkeiten außerhalb der DGO (z. B. in Form eines Mentoring-Programms) sowie an einer digitalen Vernetzungs- und Diskussionsplattform.

Die Ergebnisse der Umfrage fließen ein in den Diskussionsprozess zwischen dem Vorstand, der Geschäftsstelle, den Leiterinnen und Leitern der Zweigstellen sowie jungen DGO-Mitgliedern. Wir bedanken uns herzlich bei allen, die bisher dazu beigetragen haben, freuen uns über Fragen oder Anregungen zu dem Thema und werden Sie über weitere Schritte auf dem Laufenden halten!

Zukunft Osteuropa

Die DGO möchte junge Menschen, die sich wissenschaftlich/beruflich für Osteuropa interessieren, stärker vernetzen und in ihre eigene Arbeit einbeziehen. Zum Auftakt dieser Initiative findet am 12. Oktober 2018 ein Workshop statt. Er richtet sich an Personen im Alter bis zu etwa 35 Jahren (Studierende, junge Wissenschaftler/innen und Berufstätige aus anderen Bereichen). Zur Teilnahme eingeladen sind sowohl Mitglieder der DGO wie auch Nicht-Mitglieder. Das Treffen soll den Teilnehmenden die Möglichkeit bieten, über aktuelle Entwicklungen der politischen Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarstaaten zu diskutieren, das eigene Netzwerk zu erweitern und berufliche Chancen auszuloten.

Wann: 12. Oktober 2018, 12:00–17:30 Uhr

Wo: Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung,
Baseler Str. 27–31, 60329 Frankfurt/M.

Anmeldung: office@dgo-online.org

weitere Informationen: www.dgo-online.org/kalender/berlin/2018/zukunft-osteuropa



Personalien

Neuaufnahmen

Antohi, Elena / Berlin

Bakalova, Evgeniya / Regensburg

Bondas, Irina / Berlin

Buchen, Jun.-Prof. Dr. Tim / Dresden

Dąbrowska, Ewa / Berlin

de Bordelius, Alexandre / Kaiserslautern

Doll, Josephine / Kiel

Fengler, Sarah Isabelle / Frankfurt/M.

Foryy, Dmitry / Dortmund

Gözl, Dr. Christiane / Leipzig

Heß, Miriam Katharina / Berlin

Kleer, Benedikt Philipp / Gießen

Nicolosi, Prof. Dr. Riccardo / München

Pflug, Rebekka / Berlin

Tikhomirov, Dr. Alexey / Bielefeld

Veröffentlichungen

Angermann, Norbert / **Brüggemann**, Karsten: *Geschichte der baltischen Länder*. Reclam, Stuttgart 2018.

Artwińska, Anna / **Tippner**, Anja: *Nach dem Holocaust. Medien postkatastrophischer Vergegenwärtigung in Polen und Deutschland*. Heidelberger Publikationen zur Slavistik 38, Peter Lang Verlag, Frankfurt et al. 2017.

Beichert, Timm: *Ersatzspielfelder. Zum Verhältnis von Fußball und Macht*. Suhrkamp, Berlin 2018.

Bergien, Rüdiger / **Gieseke**, Jens (Hg.): *Communist Parties Revisited. Sociocultural Approaches to Party Rule in the Soviet Bloc, 1956–1991*. Berghahn Publishers, New York/Oxford 2018.

Birke, Rainer / **Wedde**, Rainer (Hg.): *Im Dienst des deutsch-russischen Rechtsdialogs. 30 Jahre Deutsch-Russische Juristenvereinigung*. Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2018.

Boden, Dieter: *Georgien. Ein Länderporträt*. Christoph Links Verlag, Berlin 2018.

Brüggemann, Karsten: *Licht und Luft des Imperiums. Legitimations- und Repräsentationsstrategien russischer Herrschaft in den Ostseeprovinzen im 19. und frühen 20. Jahrhundert*. Veröffentlichung des Nordost-Instituts, Bd. 21, Harrassowitz, Wiesbaden 2018.

Hallensleben, Barbara / **Zwahlen**, Regula (Hg.): *Sergij Bulgakov: Aus meinem Leben. Autobiographische Zeugnisse*. Aus dem Russischen übersetzt von Elke **Kirsten**. Werke, Bd. 2, Epiphania, Bd. 10, Aschendorff-Verlag, Münster 2017.

Hallensleben, Barbara / **Zwahlen**, Regula (Hg.): *Sergij Bulgakov: Bibliographie*. Werke, Bd. 3, Epiphania, Bd. 11, Aschendorff-Verlag, Münster 2017.

Clowes, Edith W. / **Erbslöh**, Gisela / **Kokobobo**, Ani (Hg.): *Russia's Regional Identities. The Power of the Provinces*. Routledge, London/New York 2018.

Conrad, Benjamin / **Raasch**, Markus (Hg.): *Das Jahr 1917 und die Zeitgeschichte*. Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft HMRG 29, Stuttgart 2018.

Elsner, Regina: *Die Russische Orthodoxe Kirche vor der Herausforderung Moderne. Historische Wegmarken und theologische Optionen im Spannungsfeld von Einheit und Vielfalt*. Das Östliche Christentum, Neue Folge, Bd. 63, Echter Verlag, Würzburg 2018.

Engel, Christine / **Menzel**, Birgit (Hg.): *Russland und / als Eurasien: Kulturelle Konfigurationen*. Reihe Ost-West-Express. Kultur und Übersetzung, Bd. 31, Frank & Timme, Berlin 2018 [= Tagungsband der DGO-Fachgropentagung Slavistik 2016].

Erlor, Gernot: *Weltordnung ohne den Westen? Europa zwischen Russland, China und Amerika*. Herder, Freiburg et al. 2018.

Fieseler, Beate / **Magnusdottir**, Rósa (Hg.): *СССР и США в XX веке: восприятие «другого»* [Dt.: Die UdSSR und die USA im 20. Jahrhundert: Die Wahrnehmung des „Anderen“]. Rosspen, Moskau 2017.

Frach, Friederike / **Baas**, Norbert (Hg.): *Die Blaue Blume in der DDR. Bezüge zur Romantik zwischen politischer Kontrolle und ästhetischem Eigensinn*. Quintus Verlag, Berlin 2017.

Guski, Andreas: *Dostojewskij. Eine Biographie*. C.H. Beck, München 2018.

Heller, Wilfried (Hg.): *Verschwundene Orte. Zwangsausiedlungen, Neuansiedlungen und verschwundene Orte in ehemals deutschen Siedlungsgebieten Ostmitteleuropas*. Verlag Inspiration Un Limited, London/Berlin 2018.

Ījabs, Ivars / **Kusber**, Jan / **Misāns**, Ilgvars / **Oberländer**, Erwin (Hg.): *Lettland 1918–2018. Ein Jahrhundert Staatlichkeit*. Ferdinand Schöningh, Paderborn 2018.

Lucci, Antonio / **Skowronek**, Thomas (Hg.): *Potential regieren. Zur Genealogie des möglichen Menschen*. Wilhelm Fink Verlag, Paderborn 2018.

Mommsen, Margareta: *Das Putin-Syndikat. Russland im Griff der Geheimdienstler*. C.H.Beck, München 2017.

Naguschewski, Dirk / **Schwartz**, Matthias (Hg.): *Schalamow. Lektüren*. Fröhliche Wissenschaft Bd. 132, Matthes & Seitz, Berlin 2018.

Nicolosi, Riccardo: *Degeneration erzählen. Literatur und Psychiatrie im Russland der 1880er und 1890er Jahre*. Wilhelm Fink Verlag, Paderborn 2018.

Ossipow, Maxim: *Nach der Ewigkeit*. Deutsch von Birgit **Veit**, Hollitzer Verlag, Wien 2018.

Perović, Jeronim: *From Conquest to Deportation: The North Caucasus under Russian Rule*. Oxford University Press, New York 2018.

Scherrer, Jutta / **Steila**, Daniela: *Gor'kij-Bogdanov e la scuola di Capri. Una corrispondenza inedita (1908–1911)* [Dt.: Gor'kij-Bogdanov und die Schule von Capri. Eine unveröffentlichte Korrespondenz]. Carocci editore, Rom 2017.

Silnizki, Michael: *Außenpolitisches Denken in Russland im Strudel von Geopolitik und Identitätsdiskurs*. Verlag OntoPrax, Berlin 2018. [ET: Herbst 2018]

Soldner, Markus: *Politischer Kapitalismus im postsowjetischen Russland. Die politische, wirtschaftliche und mediale Transformation in den 1990er Jahren*. Ibidem, Stuttgart 2018.

Steffens, Marec Béla: *De a zsiráf nagyon akart úszni. A kandúr néhány meséi* [Dt.: Die Giraffe wollte so gerne schwimmen. Einige Märchen des Katers]. BoD 2018.

Ther, Philipp: *Die Außenseiter. Flucht, Flüchtlinge und Integration im modernen Europa*. Suhrkamp, Berlin 2017.

Ther, Philipp: *Europe since 1989: A History*. Princeton University Press, Princeton 2018.

Vetter, Reinhold: *Polens diensteifriger General. Späte Einsichten des Kommunisten Wojciech Jaruzelski*. Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2018.

Aktuelles aus der Osteuropaforschung

Institutionen



University of Zurich^{UZH}

CEES
Center for Eastern European Studies

Am 25. April 2018 wurde an der Universität Zürich das interdisziplinäre **Center for Eastern European Studies (CEES)** eröffnet. Ziel ist es, an der Universität Zürich die gegenwartsbezogene Lehre und Forschung zu politisch und gesellschaftlich relevanten Entwicklungen in Osteuropa zu stärken und sich mit nationalen und internationalen Forschungsinstitutionen zu vernetzen. Das Zentrum ist Anlauf- und Informationsstelle für aktuelle Fragen zu Osteuropa an der Universität Zürich und stellt über open access-Publikationen, die Durchführung von Tagungen, Öffentlichkeitsarbeit und Beratung Orientierungswissen für Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und einer interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung.

Die Leitung und Gesamtkoordination des Zentrums obliegt der Abteilung für Osteuropäische Geschichte am Historischen Seminar der Universität Zürich. Wissenschaftlicher Direktor des Zentrums ist Prof. Dr. Jeronim Perović. Dem Zentrum steht ein international zusammengesetzter Fachrat zur Seite, dem Prof. Dr. Nada Boškowska (Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte) vorsitzt.

Das CEES bietet allen an Osteuropa interessierten Lehrstühlen und Forschenden an der Universität Zürich die Möglichkeit für Kooperation und Vernetzung an. Auch Lehrstühle bzw. Forscherinnen und Forscher außerhalb der Universität Zürich sind eingeladen, sich dem Zentrum als assoziierte Institutionen bzw. individuelle Forschende anzuschließen.

www.cees.uzh.ch

Personalien

An der Technischen Universität Dresden ist zum Wintersemester 2017/18 eine BKM-Juniorprofessur für Soziale und Ökonomische Netzwerke der Deutschen im östlichen Europa im 19. und 20. Jahrhundert eingerichtet worden. Inhaber der Professur ist **Tim Buchen**, der zuvor DAAD-Fachlektor für Neuere Europäische Geschichte an der University of Edinburgh war.

Nach Stationen als Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Vertretungsprofessor an den Universitäten Jena und Leipzig ist **Andreas Ohme** zum Sommersemester 2018 zum Professor für Slawische Literaturwissenschaft an der Universität Greifswald berufen worden. Dort tritt er die Nachfolge von Professorin Ulrike Jekutsch an.

Inhaber des am Collegium Polonicum der Europa-Universität Viadrina neu eingerichteten Lehrstuhls Entangled History of Ukraine ist seit dem Sommersemester 2018 **Andrii Portnov**. Er ist Direktor des Forschungsverbunds Prisma Ukraïna am Forum Transregionale Studien Berlin und hatte Lehraufträge an der Humboldt-Universität, der Freien Universität Berlin, der Universität Basel und am SciencesPo Lyon.

Veranstaltungsberichte

100 Jahre Tschechien – 100 Jahre Jahre (post-)kommunistische Geheimdienste

Bericht: Sarah Fengler, Gabriele Freitag

Fotos: Stiftung Berliner Mauer

Im Dezember 1917 gründeten die Bolschewiki „die außerordentliche Kommission zur Bekämpfung von Sabotage und Konterrevolution“, die sogenannte Tschecha. Sie hinterließ ein schweres historisches Erbe. Anlässlich des hundertsten Jahrestags der Gründung der Tschecha veranstaltete die DGO gemeinsam mit Partnern eine Vortragsreihe über den Aufbau und die Organisation (post-) kommunistischer Geheimdienste und deren Nachwirken bis in die Gegenwart. Die Tschecha übte Terror und Gewalt aus und überwachte die Gesellschaft. Diese repressiven Methoden, so Susanne MUHLE von der Stiftung Berliner Mauer in ihrer Einführung zum Auftakt, würden in der russischen Erinnerungskultur heute jedoch verdrängt oder gar geleugnet. Die Historikerin Julie FEDOR (Universität Melbourne) gab im ersten Vortrag der Reihe einen Einblick in den Umgang Russlands mit dem tschekistischen Erbe und in die mangelhafte Aufarbeitung der von der Tschecha verübten Verbrechen.

„Special Zones“ of Memory: Reflections on the Centenary of the Soviet Secret Police

Dem hundertjährigen Jubiläum der russischen Revolutionen im Februar und Oktober 1917 ist weltweit große

Aufmerksamkeit entgegengebracht worden. Gegenteilig verhalte es sich, so Fedor, mit dem hundertsten Jahrestag der Gründung der Tschecha. Das sei angesichts des von der Tschecha an der eigenen Bevölkerung ausgeübten Massenmords fatal: Die fehlende Aufarbeitung begünstige die Verzerrung historischer Fakten. Die Opfer der Tschecha seien größtenteils unbekannt, wohingegen die Erinnerungen der Täter glorifiziert würden. Dazu trage laut Fedor auch der Stolz Präsident Putins auf seine eigene Karriere

im Geheimdienst bei. Der russische Staat versuche, das Ansehen der Tschecha unter der russischen Bevölkerung zu steigern, indem das Wirken der Tschecha verklärt werde: Sie habe zum Wohl und Schutz der sowjetischen Bevölkerung gehandelt. Diese positive Wahrnehmung sei tief verankert in der kollektiven Erinnerung der Rus-

sen und strahle auch auf den heutigen Geheimdienst, den FSB, aus. Eine kritische Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Geheimpolizei findet in der Öffentlichkeit kaum statt. Während die Begeisterung für die Tschecha und deren Gründer Felix Dserschinski kurz vor dem Zerfall der Sowjetunion abgeebbt sei und es erste Enthüllungen über die Verbrechen der Tschecha gegeben habe, sei der Kult um die Tschecha ab Mitte der 90er Jahre wieder aufgelebt. Im Dezember 2017 ist der Gründung der Tschecha mit einer Ehrenfeier gedacht worden. Diese positive Darstellung interpretiert Fedor auch als Ausdruck der in Russland verbreiteten Wahrnehmung der EU und der USA als Bedrohung.

Fedor wies auf die Widersprüche im Umgang mit den Opfern der Tschecha hin. Einerseits spreche sich die russische Regierung unter Putin für die Rehabilitation der Opfer aus. Im Oktober 2017 ist ihnen ein Denkmal errichtet worden. Gleichzeitig würden die tschekistischen Verbrechen weiterhin als angemessene Methoden gerechtfertigt. Ein Beispiel für die russische Erinnerungskultur ist der Umgang mit dem Massengrab bei Butowo-Poligon, einem Vorort von Moskau. Von den zehntausenden dort verscharrten Leichen konnten 20.761 Personen identifiziert werden, die zwischen dem 8. August 1937 und dem 19. Oktober 1938 während des Großen Terrors exekutiert wurden. Dennoch gebe es an diesem Ort weder ein Museum zum Gedenken an die Opfer noch ein hohes Aufkommen an Besuchern. Erst seit 1993 ist es den Angehörigen überhaupt erlaubt, das Massengrab zu besuchen. Mitte der 90er Jahre wurde das Gelände an die russisch-orthodoxe Kirche übergeben und zu einem Friedhof umgestaltet, 1996 wurde eine kleine Holzkirche errichtet. In der unmittelbaren Umgebung stünden viele Datschen. Deren Besitzer bzw. Immobilienmakler leugneten jedoch die Existenz des Massengrabs oft genug. Zu Stalins Zeiten habe man Orte, die für die Errichtung solcher Massengräber oder für die Durchführung von Massenexekutionen vorgesehen waren, als „special zones“ bezeichnet. In Anlehnung daran bezeichnet Fedor die russische Erinnerungskultur rund um die Verbrechen der Tschecha als „special zone of memory“.



und damit die Wahrung der inneren Sicherheit verfolgt, verbunden mit dem Ziel, ein verlässliches und vor allem für die Sowjetunion ungefährliches Deutschland aufzubauen. Auch habe man die Zahlung von Reparationen an die Sowjetunion und die strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechern gewährleisten wollen. Aus sowjetischer Perspektive sei der

Exportartikel Geheimpolizei. Der Aufbau der Geheimpolizeien in Ostmitteleuropa und der DDR

Nach dem Zweiten Weltkrieg begannen die Sowjets in ihrem Machtbereich mit dem Aufbau von Geheimpolizeien. Ostdeutschland kam hierbei eine besondere Bedeutung zu: Es grenzte an den Westen und war als Teil des nationalsozialistischen Deutschlands belastet. Für die Initiierung und Etablierung geheimdienstlicher Strukturen in der DDR und Ostmitteleuropa stand die Tschecha Modell.

Ausschlaggebend für den Aufbau geheimdienstlicher Strukturen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) sei die politische Situation in Deutschland nach 1945 gewesen, so der Historiker Andreas HILGER (Deutsches Historisches Institut Moskau) im zweiten Teil der Vortragsreihe „100 Jahre Tschecha“. In der SBZ habe die Sowjetunion in erster Linie die Absicherung der eigenen militärischen und zivilen Besatzungsapparate und damit die Wahrung der inneren Sicherheit verfolgt, verbunden mit dem Ziel, ein verlässliches und vor allem für die Sowjetunion ungefährliches Deutschland aufzubauen. Auch habe man die Zahlung von Reparationen an die Sowjetunion und die strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechern gewährleisten wollen. Aus sowjetischer Perspektive sei der Aufbau des Geheimdienstes in der SBZ mit schwierigen Ausgangsbedingungen verbunden gewesen: Die Weltöffentlichkeit habe die Entwicklungen in der SBZ genau beobachtet, zudem habe man sich in feindlichem Gebiet befunden. Mangelnde Deutschlandexpertise und ungenügende Sprachkenntnisse sowie die unklare Verteilung von Zuständigkeiten und Konkurrenz zwischen den verschiedenen sowjetischen Diensten hätten anfangs zu großen Problemen geführt. Die Zusammenarbeit zwischen sowjetischen und ostdeutschen geheimdienstlichen Stellen war laut Hilger von einer starken Asymmetrie geprägt, da die deutschen Dienste den sowjetischen Diensten untergeordnet waren. Darüber hinaus seien verschiedene Polizeien wie beispielsweise die Verkehrspolizei und die Grenzpolizei an der Arbeit der Geheimdienste

beteiligt gewesen, sodass sich Partei- und Polizeiarbeit vermischten. Die Genehmigung des Aufbaus eines Ministeriums für Staatssicherheit „zur Stärkung der staatlichen Sicherheit“ auf Initiative der SED im Moskauer Politbüro sei entscheidend für den Ausbau der geheimdienstlichen Strukturen in Osteuropa gewesen.

Dass die Sowjets den Ländern in ihrem Machtbereich unterschiedliche Bedeutung beimaßen, verdeutlichte Hilger am Beispiel von Polen und der Tschechoslowakei. In den polnischen Geheimdienststellen seien die Sowjets sehr präsent gewesen, wohingegen sie in der Tschechoslowakei erst später in Erscheinung getreten seien. Gemeinsam sei den jeweiligen geheimdienstlichen Strukturen die Ausrichtung auf das Machtzentrum Sowjetunion gewesen. Unter den neu etablierten Geheimpolizeien habe es ein vergleichsweise geringes Maß an Professionalität gegeben, da die Mitarbeiter nicht aufgrund besonderer Kompetenzen rekrutiert worden seien, sondern deren Loyalität ausschlaggebend für die Verpflichtung gewesen sei. Über die Zahl der Opfer der Geheimdienste in den verschiedenen Regionen und Ländern gebe es keine genauen Angaben. Um das Ausmaß der tschekistischen Verbrechen erfassen zu können, müsste man die einzelnen Zeitabschnitte genauer analysieren.

Die Internationale der Tschekisten. Eine Kulturgeschichte der Geheimpolizeien im Ostblock

Die länderübergreifende Zusammenarbeit der Geheimpolizeien innerhalb des Ostblocks war nicht nur von ideologisch begründeter Solidarität gekennzeichnet, sondern auch von gegenseitigem Misstrauen. Emmanuel DROIT (Universität Straßburg) analysierte in seinem Vortrag die Dichte und Qualität der Kooperation osteuropäischer Geheimdienste untereinander wie mit der Tschechien und ihren Nachfolgeorganisationen.

Die anfangs nicht institutionalisierte „Internationale der Tschekisten“ sei zu Beginn von einer Mischung

aus Solidarität, Pragmatismus und Misstrauen geprägt gewesen. Das Misstrauen sei vor allem auf den geringen Austausch zurückzuführen. Grundsätzlich seien die Beziehungen zwischen den sowjetischen Diensten und den einzelnen osteuropäischen Geheimpolizeien von der sowjetischen Hegemonie gekennzeichnet gewesen.

Zentrale Aufgaben der Geheimpolizeien seien die Vorbeugung revolutionärer Aktivitäten und die Wahrung der Regimestabilität gewesen. Dabei habe nicht die Bildung einer geheimpolizeilichen Gemeinschaft im Ostblock im Vordergrund gestanden, sondern die Verteidigung gegen den westlichen Imperialismus. Aufgebaut worden seien sie nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst von Berufsrevolutionären, wohingegen

die nächste Generation ostmitteleuropäischer Geheimdienstler eine nationale Ausbildung und Prägung erfahren habe, sodass die jeweiligen Organe schließlich im nationalen Rahmen der verschiedenen Länder verankert gewesen seien. Mit der Zeit habe es vermehrt Austausch von Informationen und Technologien gegeben, wenngleich sich das gegenseitige Vertrauen weiterhin in Grenzen gehalten habe. So sei etwa

die Stasi von den Sowjets anfangs nicht als kommunistisches, sondern als deutsches Organ wahrgenommen worden. Die zunehmende Interdependenz zwischen den Geheimpolizeien im Ostblock führt Droit auf die wachsende Anzahl bilateraler Treffen ab den 70er Jahren zurück, in deren Folge sich die Kooperation immer stärker institutionalisiert habe.

Die Kluft zwischen KGB und Stasi sei ab den 70er Jahren gewachsen, da die Stasi sich zunehmend als Hüterin der tschekistischen Tradition begriffen habe und als solche vom KGB auf Augenhöhe behandelt werden wollte. Mit der langsamen Öffnung des Ostblocks gen Westen verkleinerte sich die ideologische Distanz zwischen den Blöcken. Diese Öffnung ging Droit zufolge mit neuen Herausforderungen für die osteuropäischen Geheimpolizeien einher. So wurde etwa der internatio-



Andreas Hilger



Emmanuel Droit



Evgenia Lezina

nale Terrorismus zur wachsenden Gefahr, wobei sich die Auffassungen darüber, was als Terrorismus verstanden wurde und wie darauf zu reagieren sei, innerhalb des Ostblocks unterschieden. In der DDR habe Linksterrorismus nicht direkt als Terrorismus gegolten, umgekehrt wollten die Ungarn zur Bekämpfung terroristischer Handlungen jeglicher Art sogar mit dem Westen kooperieren. Die Mobilität innerhalb des Ostblocks sei in dieser dritten Phase gestiegen und habe neue Kooperationsformen zwischen den Diensten erfordert: Durch die internationalen Flughäfen in den sozialistischen Ländern seien beispielsweise Sicherheitslücken entstanden, die die DDR habe schließen wollen, um die Flucht ihrer Bürger in den Westen zu verhindern. In dieser Frage sei die Kooperationsbereitschaft der anderen osteuropäischen Länder jedoch unterschiedlich stark ausgeprägt gewesen. Der Vorrang nationaler Interessen sei insgesamt eine große Hürde für die tschekistische Gemeinschaft gewesen.

Vom KGB zum FSB. Der Geheimdienst in Russland bis heute

Die Auflösung der Sowjetunion bedeutete formal auch das Ende des sowjetischen Geheimdienstes. Evgenia LEZINA (Levada-Zentrum Moskau) erläuterte die Brüche und Kontinuitäten vom sowjetischen KGB zum russischen FSB. Bis heute sei die Transformation der Geheimdienste nur wenig erforscht. Die mangelnde historische Aufarbeitung sei ein unmittelbarer Ausdruck der fehlenden demokratischen Strukturen im heutigen Russland.

Bereits die Reformen des letzten sowjetischen Generalsekretärs Gorbatschow in der zweiten Hälfte der 80er Jahre brachten den KGB in Bedrängnis. Zum einen delegitierten gerade die während der Glasnost heftig diskutierten Verbrechen der Vorgängerorganisation NKWD das sowjetische System. Zum anderen sollte der KGB selbst umgebaut werden. Diese Reformbestrebungen wurden von Gorbatschow allerdings nicht konsequent vorangetrieben. Seinen Tiefpunkt erlebte der sowjetische Geheimdienst mit der Beteiligung seines Vorsitzenden Wladimir Krjutschkow an dem gescheiterten Putsch im August 1991. Nach Auflösung der Sowjetunion wurde der Geheimdienst in fünf unterschiedliche Dienste aufgeteilt, die sich gegenseitig kontrollieren soll-

ten. Mit größeren Entlassungen war dieser Umbau allerdings nicht verbunden. Personelle Kontinuitäten waren auch möglich, weil es nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion große Vorbehalte in der Gesellschaft gegenüber Lustrationen gab. Obwohl das Denkmal seines Gründers Felix Dserschinski im August 1991 demontiert wurde, gab es keine ernsthaften Versuche, die Strukturen des sowjetischen Geheimdienstes zu demontieren.

Aus den diversen Nachfolgediensten entstand in Russland 1995 der Föderale Sicherheitsdienst FSB als de-facto Nachfolgeorganisation des KGB. Boris Jelzins Versuch, den FSB der Präsidentschaftsadministration unterzuordnen, gelang nicht, zumal er sich aufgrund der erstarkenden parlamentarischen Opposition und des Kriegs

in Tschetschenien zunehmend auf den FSB stützen musste. Gerade mit der Ausübung physischer Gewalt gewann der Geheimdienst erneut an Macht. So konnte der FSB seinen politischen und militärischen Einfluss bereits unter Jelzin ausbauen. Als ehemaliger Angehöriger des Geheimdienstes stärkte der neue Präsident Wladimir Putin den FSB seit seinem Amtsantritt 2000 kontinuierlich. Dabei ist es dem FSB auch gelungen, ein eigenes Wirtschaftsimperium aufzubauen und sich dadurch vom Staat unabhängiger zu machen als seine Vorgängerorganisationen. Neu eingerichtete Organe wie die Nationalgarde oder alte noch bestehende Geheimdienststrukturen sind für den FSB offenbar keine Konkurrenz.

Mit der Annexion der Krim, die vom FSB maßgeblich vorbereitet wurde, hat der Geheimdienst weiter an Macht gewonnen und ist, so Lezina, inzwischen nicht nur in allen russischen Regionen präsent, sondern übt wieder eine umfassende gesellschaftliche Kontrolle aus. Gleichzeitig ist es dem FSB gelungen, seine Reputation deutlich zu verbessern. Umfragen zeigen, dass das Vertrauen in den Geheimdienst als Schutzmacht des Staats kontinuierlich wächst und etwa die Hälfte der russischen Bevölkerung eine Karriere ihrer Kinder in den Organen des Geheimdienstes als erstrebenswert betrachtet.

Gedenkveranstaltung für Arsenij Roginskij

Bericht: Gabriele Freitag

Foto: Oleg Jakovlev

Am 18. Dezember 2017 verstarb Arsenij Roginskij, der Mitbegründer und Vorsitzende der in der späten Sowjetunion in Moskau gegründeten Menschenrechtsorganisation Memorial. Gemeinsam mit zahlreichen anderen Partnern veranstaltete die DGO eine Matinée zum Gedenken an den Historiker, Humanisten und langjährigen Weggefährten vieler Personen und Organisationen, die sich für eine deutsch-russische Verständigung engagieren.

Marieluise BECK (Berlin/Bremen), Wolfgang EICHWEDE (Berlin/Bremen), Sergej PARKHOMENKO (Moskau), Nikita PETROV (Moskau), Alexandra POLIVANOVA (Moskau), Irina SCHERBAKOVA (Moskau), Jens SIEGERT (Moskau), Elisabeth WEBER (Köln) und Elena ZHEMKOVA (Moskau) vermittelten im Gespräch mit Thomas ROTH (Berlin) und Manfred SAPPER (Berlin) ein anschauliches Portrait Arsenij Roginskij, dessen Leben und Werk von der historischen und persönlichen

Erfahrung des Terrors und politischer Repression geprägt waren.

Als Sohn eines 1938 zu Lagerhaft und Verbannung verurteilten Vaters wurde Roginskij im ehemaligen

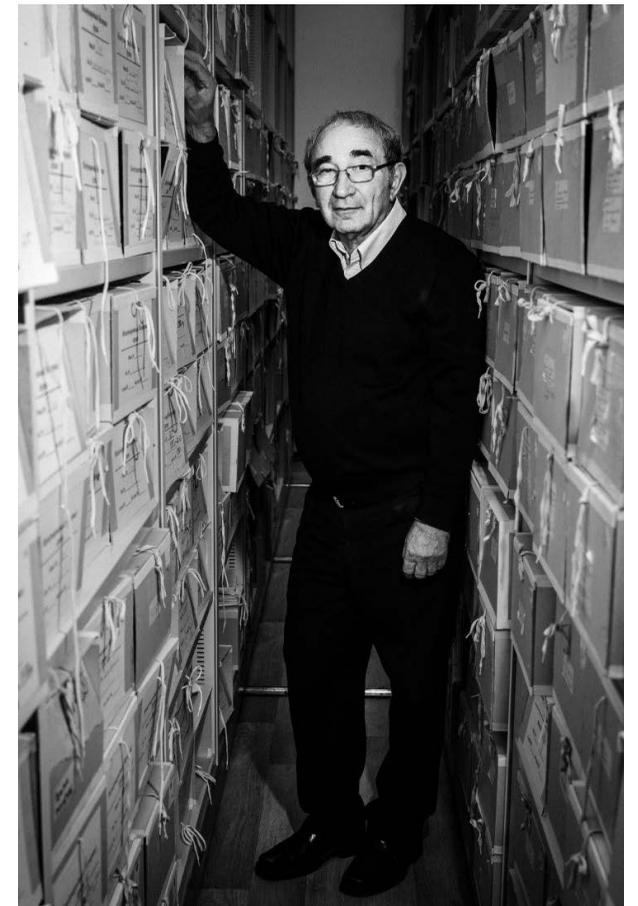
Verbannungsgebiet bei Archangelsk geboren und kam als Kind über mehrere Stationen nach Leningrad. In den 60er Jahren begann er, als junger Historiker und Bibliograph über die Geschichte politischer Protestbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert zu forschen. Während viele Dissidenten in der „Chronik der laufenden Ereignisse“ die politischen Verfolgungen der späten 60er und 70er Jahre dokumentierten, arbeitete Roginskij an einer Chronik der historischen Menschenrechtsverstöße

in Russland und der Sowjetunion. Für die Mitherausgabe der verbotenen Zeitschrift „Pamjat“ (Erinnerung) wurde er zu vier Jahren Lagerhaft verurteilt. So erfuhr auch er die unmittelbare Konfrontation mit der menschlichen Dimension und Logik des Lagerlebens. Seine familiären und persönlichen Erfahrungen ebenso wie

das Interesse an der sowjetischen Geschichte führten dazu, dass er in den späten 80er Jahren gemeinsam mit Andrej Sacharov, Jurij Afanasev, Elena Zhemkova und anderen die Gesellschaft „Memorial – Zur Erinnerung an die Opfer der Repressionen“ gründete. Seit 30 Jahren setzt sich Memorial inzwischen für die Dokumentation der politischen Verfolgungen, die rechtliche und soziale Rehabilitation politisch Verfolgter sowie den Schutz der Menschenrechte im heutigen Russland ein.

Es war Roginskij's feste Überzeugung – das wurde im Gespräch über ihn immer wieder deutlich – dass zur Dokumentation der Verfolgten auch die Dokumentation der Verfolger gehört, dass beide beim Namen genannt werden müssen, auch wenn die Kategorien von Tätern und Opfern nicht immer klar voneinander zu trennen sind. Mit diesem Ansatz – und der Konzentration auf den Menschen ebenso wie auf das historische Detail – prägte er die Arbeit von Memorial über die letzten drei Jahrzehnte. Dabei scheute Roginskij nicht vor politischen Auseinandersetzungen mit der russischen Regierung zurück, die die Arbeit von Memorial zunehmend diskreditiert und kriminalisiert. Mit diesem Ansatz prägte er auch die russisch-deutsche Verständigung über die Gewaltgeschichte von Stalinismus, Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg. Arsenij Roginskij – auch das wurde in der Erinnerung an ihn deutlich – war ein sehr wichtiger und zugewandter Gesprächspartner in diesem Dialog.

Der Pianist Jascha Nemtsov begleitete die Gedenkveranstaltung musikalisch mit Werken der Komponisten Mieczysław Weinberg und Vsevolod Zaderatsky, deren eigenes Leben und Werk von den Gewalterfahrungen des 20. Jahrhunderts geprägt waren. Das OSTEURO-PA-Themenheft „Streiflichter. Der Terror, die Wahrheit



Arsenij Roginskij im Memorial-Archiv, Oktober 2014

und das Recht“ (11–12/2017) bietet die Möglichkeit, sich intensiv mit Arsenij Roginskij und dem historischen und politischen Kontext seines Lebens vertraut zu machen (s. S. 14).

Globalisierung und politische Ordnung im östlichen Europa

Bericht: Julia Blaut, LMU München

Fotos: Friedrich Schmidt, LMU München

Die Globalisierung ist ein Prozess, der mitunter zu hochemotionalen Diskussionen führt. Die „zunehmende Vernetzung und Verflechtung von Menschen, Waren und Staaten“, so Ruprecht POLENZ (Berlin/Münster)

in seiner einführenden Rede, werde von manchen als Chance, von anderen hingegen als Bedrohung für Wohlstand, Demokratie, Umwelt, Frieden und Lebensweise begriffen. Diese Dichotomie sei sowohl bei den Präsidentschaftswahlen in Frankreich zum Ausdruck gekommen, wie auch bei der Abstimmung über den Brexit. Sowohl der Wahlkampf um die französische Präsidentschaft wie auch die Kampagne pro Brexit zeugen von der

Angst, in einer entgrenzten Welt zu leben, und von einer Sehnsucht nach Rückbesinnung auf die eigene Nation. Dadurch sei es zu einer historischen Verschiebung des politischen Koordinatensystems gekommen: Parteien definierten sich immer weniger über die klassische Links-Rechts-Polarität denn über ihre Positionierung

**Jahrestagung der DGO
am 8. und 9. März 2018, München**

In Kooperation mit der Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien an der LMU München und der Universität Regensburg. Mit freundlicher Unterstützung der Carl Friedrich von Siemens Stiftung.

zur Globalisierung. Die Renationalisierungstendenzen seien, so Martin SCHULZE WESSEL (München), vor 25 Jahren so nicht zu erwarten gewesen.

Die Wechselwirkungen zwischen Globalisierung, politischer und gesellschaftlicher Entwicklung in Osteuropa sowie der politischen Ordnung in Europa diskutierten auf Einladung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien internationale Sozial- und Geisteswissenschaftler, Journalisten und Politiker. Ziel der Veranstalter war es, neben den ökonomischen Aspekten und technischen Prozessen der Globalisierung auch deren Auswirkungen auf die politische Kultur im Osten Europas zu erörtern.

Strukturen und Entwicklungslinien von Globalisierung

Die Schriftstellerin Lena GORELIK (München) schilderte in ihrem Prolog persönliche Begegnungen an der russisch-finnischen und russisch-norwegischen

Grenze. Grenzüberschreitungen, wie jene von Russinnen, die Tages-Visa beantragen und zehnstündige Autofahrten auf sich nehmen, nur um im finnischen Nirgendwo – dem „Westen“ – das in Russland nicht erhältliche Nescafé Gold zu kaufen, wiesen auf die Allgegenwart und doch auch Flüchtigkeit von Grenzen hin.

In einem historischen Abriss über Globalisierungsprozesse ging Matthias MIDDELL (Leipzig) auf die Entwicklungen seit der europäischen Expansion im 15. Jahrhundert und insbesondere seit der Globalisierungsdebatte in den 1990er Jahren ein. Mit dem Ende des Kalten Krieges habe eine etwa zehn Jahre anhaltende „Euphorie über die Verflüssigung von Grenzen“ eingesetzt. Globalisierung sei als natürlicher Prozess wahrgenommen worden, von dem auch die weniger entwickelten Länder profitierten. Auf die Finanzkrise 2008 folgte jedoch Ernüchterung. Die heutige rechtspopulistische und nationalistische Globalisierungskritik – in Gestalt etwa eines Trumps oder des Front Nationals – erziele dabei eine größere Resonanz als ihr linkes Äquivalent zu Beginn der 2000er Jahre. Middell plädierte dafür, nicht von „der“ Globalisierung zu sprechen, sondern stattdessen Globalisierungsprojekte, die unterschiedlichen Akteure und geographischen Reichweiten dieser Prozesse empirisch zu analysieren. Alexey MILLER (St. Petersburg) teilte die Skepsis an der Globalisierungseuphorie und appellierte, neben Nationalstaaten auch den Einfluss von Imperien zu betrachten.

Politik und Wirtschaft zwischen Öffnung und Schließung

Mit Blick auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen der Sowjetunion wies Max TRECKER (München) darauf hin, dass die Staaten jenseits des Eisernen Vorhangs stets auf Importe von Technologie- und Agrargütern angewiesen waren. Die wirtschaftliche Autarkie sei immer nur Ziel, nie aber Zustand gewesen. Im Gegensatz zum Ost-West-Handel aus Zeiten des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) seien der Ost-Süd-Handel und mit ihm die Öl- und Technologieexporte in Länder wie Syrien, Ägypten oder Indien nach 1991 eingebrochen. Gehalten hätten sich jedoch die guten Beziehungen Russlands zur syrischen Baath-Partei.

Die grundsätzliche Frage, ob Abschottung zur Stabilität von Autokratien beitrage oder diese nur ein Beiprodukt jener sei, erfordert eine differenzierte



Lena Gorelik

Antwort. So führe eine offene Medienlandschaft beispielsweise nicht zwangsläufig zur Destabilisierung eines autokratischen Systems. Entscheidend sei, so Alexander LIBMAN (München), was die Menschen aus den Informationen, die sie erhalten, machen. In Russland etwa sei eine Selbstbeschränkung zu beobachten: Obwohl es ein breites Informationsangebot gibt, schauten die meisten Russen nur das Programm der staatlichen TV-Sender. Ob staatliche Propaganda bei gleichzeitiger Abschottung eine höhere Wirkung entfalten könne, sei fraglich. Auch die Reisefreiheit führe nicht zwangsläufig zur Destabilisierung: Unter Umständen verringere sich das Protestpotential sogar durch die Emigration. Trotz der stabilisierenden Wirkung von Offenheit sei nicht auszuschließen, so Libman, dass sich autokratische Regime abschotten. Gründe hierfür könnten etwa die Paranoia der Eliten sein oder die Korruption innerhalb des bürokratischen Apparats. Dass auch die Länder, die einst von der Globalisierung profitierten, nun die Abschottung propagieren, zum Beispiel Polen und Ungarn, erklärt Richard FRENCH (Regensburg) mit deren Angst vor der Abwanderung von Investoren in Länder mit noch günstigeren Sozial- und Produktionskosten.

Hatte Matthias Middell in seinem Auftaktvortrag den Wandel von euphorischen Hoffnungen auf eine implizit oder explizit euroatlantisch dominierte Globalisierung

Anfang der 1990er Jahre zu einer in eben jenem Raum um sich greifenden Globalisierungsskepsis seit Anfang der 2010er Jahre beschrieben, so befasste sich die Diskussion zur „Neuen Seidenstraße“ mit einer Globalisierung, die in Europa meist mit Misstrauen begutachtet wurde: einer von China geprägten oder dominierten Verdichtung ökonomischer Zusammenhänge. Svetlana MICHAJLOVA (Novosibirsk) zeigte auf, dass sich die Optimisten und die Skeptiker in der russischen Debatte über China und dessen Projekt der „Neuen Seidenstraße“ ganz unterschiedlicher Argumente bedienen. Als Partner sehen China in Russland vor allem geopoliti-

zu diversifizieren. Gelegentlich wird China auch als „Modernisierungspartner“ gesehen, der mit Investitionen die Mittel aus den Kohäsionsfonds der EU ergänzen – oder eine Alternative zu diesen bieten könne. Gleichwohl kam Lang zu dem Schluss, dass das Gewicht Chinas in der Region zu gering ist, die chinesischen Interessen zu vielfältig und angesichts der Beziehungen zwischen Moskau und Peking auch ein geopolitischer Zielkonflikt besteht, so dass China keinen Keil zwischen die westlichen und östlichen EU-Staaten treiben kann und will.



Dmitry Dubrovsky, Timm Beichelt, Hajo Seppelt, Fedor Krasheninnikov

tisch argumentierende Politiker und Wissenschaftler, die sich von einer Zusammenarbeit die Überwindung vermeintlicher US-amerikanischer Dominanz erhoffen. Die Skeptiker, die vor allem volkswirtschaftliche Kennziffern betrachten, teilen sich in zwei Gruppen. Jenen, die – angesichts stark asymmetrischer Größenverhältnisse und einer wesentlich höheren Bedeutung des Handels mit China für Russland als umgekehrt – vor einer hegemonialen Stellung Pekings warnen, stehen jene gegenüber, die das chinesische Projekt der „Neuen Seidenstraße“ vor allem als Papiertiger sehen. Seit 2012 treffen sich auch die ostmittel- und südosteuropäischen Staats- und Regierungschefs in dem sogenannten 16+1-Format (11 EU-Staaten und 5 EU-Beitrittsstaaten des westlichen Balkans) jährlich mit China. Wie Kai-Olaf LANG (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin) demonstrierte, geht es diesen Staaten zum einen darum, das Handelsbilanzdefizit mit China zu verbessern und ihre eigene Außenhandelsstruktur

Sport als Austragungsort politischer Konflikte

Unabhängig von politischen und wirtschaftlichen Konflikten bietet der internationale Spitzensport Gelegenheit zu Kontakt, Austausch und Kooperation zwischen den Staaten. So hat etwa Russland lange Zeit über die Ausrichtung sportlicher Großveranstaltungen eine Annäherung an den Westen gesucht. Seit dem Ukraine-Konflikt und der internationalen Kritik an den Olympischen Spielen in Sotschi 2014 habe Putin jedoch einen Kurswechsel vollzogen, so der Journalist Fedor KRASHENINNIKOV (Jekaterinburg). Die westliche Forderung nach sportlicher Fairness brandmarkte Putin als Täuschung. Wie groß allerdings die Kluft zwischen dem russischen Anspruch, allgemeingültige Regeln zu setzen, und der Wirklichkeit ist, zeigt sich beim Thema Doping. Der ARD-Korrespondent Hajo SEPPELT (Berlin) erläuterte, wie Russland seit Jahrzehnten die sportliche Fairness durch systematisches Doping untergräbt und damit jeglicher Grundlage an Glaubwürdigkeit entbehrt.

In Russland würden Seppelts Anschuldigungen gegenüber Sportlern und Hintermännern wahlweise als unwahr abgetan, als Verschwörung des Westens zur Erniedrigung Russlands bezeichnet oder mit Gegenanschuldigungen beantwortet, so der Soziologe Dmitry DUBROVSKY (St. Petersburg). Grundsätzlich sei der Spitzensport in seiner ganzen Natur toxisch. Sportwettbewerbe der Nationen seien nicht mehr zeitgemäß, da sie im Widerspruch zur Völkergemeinschaft stünden und dem Nationalismus Vorschub leisteten. Krasheninnikov verwies darauf, dass der Sport auch auf nationaler Ebene in Russland zur Durchsetzung politischer Interessen benutzt werde. Wer sich als Sponsor betätigt und es vermag, gute Beziehungen zum Vizeministerpräsidenten Witali Mutko – langjähriger Fußballfunktionär, ehemaliger Sportminister und auch in seiner jetzigen Funktion u. a. zuständig für Sport – aufzubauen, dürfe auf die Protektion seiner wirtschaftlichen Interessen oder politischen Karriere hoffen. Umgekehrt fordere der Kreml sowohl von den wirtschaftlichen Eliten wie von Beamten die finanzielle Unterstützung für den Sport, insbesondere für Fußballklubs, ein und übe auf diese Weise Druck aus.

Die Internationalisierung von Wissenschaft und Arbeit

Wie sich die Globalisierung auf die Wissenschaft und die Arbeitsmigration im östlichen Europa auswirkt, war Thema von zwei weiteren Diskussionsrunden. Voraussetzung für den wissenschaftlichen Austausch ist eine gemeinsame Sprache. Jan AREND (München) zeigte am Beispiel der Wissenschaft von der Bodenkunde, die im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert in Russland bzw. der Sowjetunion entstanden ist, wie diese sich mittels Übersetzungen im 20. Jahrhundert internationalisiert hat. Insbesondere betrachtete er Probleme dieser Übersetzungen, das Zustandekommen von Friktionen bei der Informationsübergabe und die Folgen für die Kommunikation. Ein anders gelagertes Aufeinandertreffen nationaler und globaler wissenschaftlicher Traditionen untersuchte Anna ABALKINA (Perugia) mit dem Widerstand alter wissenschaftlicher Eliten gegen die Internationalisierung in den 1990er Jahren, die nur in einer formalen Anpassung resultierte. Weiterhin würden unethische Netzwerke betrieben und massenhaft wissenschaftliche Arbeiten plagiiert. Einen Blick nach Kasachstan warf Adele DEL SORDI (München) mit ihrer Analyse des Programms „Bolashak“, welches von der kasachischen Regierung zur Internationalisierung des Bildungssystems eingeführt worden ist und kasachi-

schen Studierenden ein Auslandsstudium ermöglicht. Gleichzeitig werde jedoch versucht, den Patriotismus und die Landesloyalität unter den Programmstipendiaten zu fördern. Dies stehe im Widerspruch zum Ziel des Programms: der Internationalisierung.

Nicht nur Waren und Dienstleistungen werden global gehandelt. Auch die Menschen nehmen teils lange Wege auf sich, um arbeiten zu können. Kseniia GATSKOVA (Regensburg) und Alexander DANZER (Ingolstadt/Eichstätt) haben die Bedingungen, Umstände und Folgen der Arbeitsmigration an Beispielen aus Tadschikistan und Russland geschildert. Gatskova kommt in



Alexander Libman

ihrer Untersuchung zu dem Ergebnis, dass es einen Zusammenhang von Arbeitsmigration und der Größe tadschikischer Haushalte gibt: Solange der Familienvater im Ausland arbeitet, wohnt seine Familie in der Regel bei der Verwandtschaft. Von dem im Ausland erwirtschafteten Geld gründet die Familie dann nach seiner Rückkehr einen eigenen Haushalt. Russland gehört zu den Zielländern von Arbeitsmigranten. Als die Arbeitslosenrate immer höher wurde, begann der Staat, die Migration zu regulieren, indem er Kontingente für die Gastarbeiter einführt und zum Beispiel über Preisdruck die Arbeitsnachfrage im Bausektor steuerte. Das ging so weit, dass Arbeitsmigranten symbolisch zwangsdeportiert worden sind. Eine deutliche Verringerung der Zahl der Migranten ist dadurch jedoch nicht erreicht worden, dafür sei es zu einer leichten Zunahme der illegalen Beschäftigung und der Diskriminierung von Migranten gekommen. Wie Familien es schaffen, über große Distanzen den Kontakt zu wahren, zeigte Matthias KALTENBRUNNER (Wien/Warschau) am Beispiel von westukrainischen Dörfern.

Die technischen Fortschritte in der Kommunikation und gegenseitige Besuche ermöglichen es, dass sich die üblichen Netzwerke einer Dorfstruktur auch nach der Auswanderung einiger Familien nach Kanada halten konnten. Berücksichtigen muss man bei der Diskussion über die ukrainische Arbeitsmigration jedoch die regionalen und ethnischen Differenzen innerhalb des Landes.



Kai-Olaf Lang, Hans van Ess, Manuela Troschke, Svetlana Michajlova

Internationale Hochschulen unter nationalem Druck

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts waren die Gründungen der Europäischen Universitäten in Budapest (1991) und St. Petersburg (1994) Ausdruck der Hoffnung, so Martin SCHULZE WESSEL (München), „die Transformation der Gesellschaft Osteuropas durch Hochschulausbau und -reform zu begleiten.“ Beide Universitäten haben sich in den vergangenen 25 Jahren einen sehr guten Ruf erarbeitet, ziehen Studenten aus dem In- und Ausland an und gehören zu den besten Hochschulen in Ungarn bzw. Russland. Dennoch befinden sich beide Universitäten in einer existenziell bedrohlichen Lage: Die European University in St. Petersburg (EUSPb) hat ihre Lehrerlaubnis verloren, der Central European University in Budapest (CEU) droht das Verbot, neue Studenten aufnehmen zu dürfen. Der Vizepräsident der EUSPb, Veljko VUJACIĆ, erläuterte, wie die „europäischste unter den russischen Universitäten und russischste unter den europäischen Universitäten“ infolge zahlreicher Kontrollen durch Aufsichtsbehörden ihre Akkreditierung, ihre Studenten und auch das bisherige Universitätsgebäude verloren hat. Über die

im Hintergrund beteiligten Akteure könne nur gemutmaßt werden. Die Entscheidung über den Entzug der Lehrerlaubnis trifft die Föderale Aufsichtsbehörde im Bereich Wissenschaft und Bildung (Rosobnadzor).

Im Vergleich zur EUSPb sei die Situation der Central European University (CEU) beneidenswert, so Zsolt ENYEDI (Budapest), Prorektor der CEU, da sie nach wie vor über eine Akkreditierung, ihr Gebäude und Studenten verfüge. Allerdings sei die Perspektive für die CEU völlig unklar, da die Gewährung der Akkreditierung seit 2017 an die Erfüllung vieler Auflagen gebunden sei. Schulze Wessel spricht von einer systematischen Verunsicherung der Studenten, Professoren und Mäzene der Universität. Anlass für die staatlichen Repressionen ist Beobachtern zufolge eine Kampagne gegen den Gründer der CEU, George Soros. Dessen Plädoyer für eine liberale Migrationspolitik quitierte die Regierung des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán mit „einer hasserfüllten Kampagne, die antisemitische Züge trägt“, so Schulze Wessel. Die Frage, wie der Westen die Europäischen Universitäten konkret unterstützen kann, ist nicht einfach zu beantworten. Die Einwirkungsmöglichkeiten sind sehr überschaubar. Wichtig sei in jedem



Zsolt Enyedi, Martin Schulze Wessel, Hans van Ess, Veljko Vujacic

Fall, so der Vizepräsident der LMU für den internationalen Bereich Hans VAN ESS (München), besonnene Strategien zu entwickeln, politisch heikle Themen nicht unbedingt direkt anzusprechen und die akademischen Kontakte im gegenseitigen Interesse zu pflegen.

Staat und Globalisierung in Europa

Über europäische Werte und politische Zuständigkeiten in der EU diskutierten die langjährigen Parlamentarier Ruprecht POLENZ (Berlin/Münster) und György SCHÖPFLIN (Brüssel). Der ehemalige Bundestagsabgeordnete Polenz argumentierte vor allem sicherheitspolitisch: Einzelnen hätten die europäischen Staaten in einer multipolaren Welt nur wenig Gewicht und kämen in bestimmten politischen Aufgabenbereichen an ihre Grenzen. Je nachdem, wie sich der US-amerikanische Kurs weiterentwickle, müsse man über eine stärkere militärische Zusammenarbeit sowie den Wandel der EU zu ei-



György Schöpflin

ner „Hard Power“ und möglicherweise einer Atommacht mit Deutschland als „Servant Leader“ diskutieren. In Artikel 1 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) ist die „Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas“ festgeschrieben. Dem abträglich seien, so Polenz, Aussagen des ungarischen Ministerpräsidenten Orbán, Ungarn wolle keine Mischbevölkerung. Diese Äußerungen brächten eine Art des Stammesdenkens zum Ausdruck und seien unvereinbar mit den vertraglich festgelegten und für eine gemeinsame Interessenpolitik essentiellen EU-Werten. Durch die Ablehnung der vom Europäischen Gerichtshof festgesetzten Flüchtlingsquoten missachte Ungarn den Rechtsstaat.

Dem aus Ungarn stammenden EU-Parlamentarier Schöpflin zufolge wird das Konzept der „Vereinigten Staaten von Europa“ ein Modell bleiben: Zum einen mangle es an europäischem Zugehörigkeitsgefühl, zum

anderen sei die Steuerungsfähigkeit und Verantwortlichkeit der Macht auf nationaler Ebene viel stärker ausgeprägt. Mit Bezug auf die in der EUV festgelegten Zuständigkeiten der EU-Mitgliedsstaaten wies er insbesondere auf Art. 4 EUV über die Achtung nationaler Identitäten und die nationale Sicherheit als rein nationaler Aufgabe sowie auf Art. 5 EUV über die Grundsätze der begrenzten Einzelermächtigung, der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit hin, die stärker beachtet werden müssten. Dagegen sei die Flüchtlingspolitik Deutschlands ohne Konsultationen allen anderen EU-Ländern auferlegt worden. Zu den Gründungswerten der EU



Ruprecht Polenz

gehören nach Art. 2 EUV Menschenwürde, Freiheit und Menschenrechte, nicht aber, so Schöpflin, Multikulturalität und Diversität. Die EU solle sich mehr auf Bereiche wie Umweltschutz konzentrieren und sei bedeutend für Friedenssicherung und freien Handel – wenn auch das Zentrum der (Semi-)Peripherie nie den eigenen politischen und ökonomischen Status ermöglichen werde.

Wie sich die nationalen Stimmungslagen angesichts der Unterschiede in Bedeutung und Auswirkung der Globalisierung entwickeln und welche Implikationen sich daraus für die Europäische Union und die normative und empirische Diskussion über kulturelle Transformationsprozesse ergeben, bleibt zu diskutieren.

Imperial Cities: The Tsarist Empire, the Habsburg Empire and the Ottoman Empire in Comparison

Bericht: Laura Ritter, Freiburg

Fotos: DHI Moskau

What is an imperial city? What makes a city imperial? And how can studying cities help us to learn more about empires or vice versa? These were the questions targeted at the conference in Moscow, which was hosted

by the German Historical Institute in Moscow (DHI). Referring to existing concepts of colonial, port, or emerging cities, Eszter GANTNER (Marburg) and Ulrich HOFMEISTER (Vienna) argued in their opening that a broader definition of an imperial city is needed since the dichotomy between colonial and imperial does not work in the three focused empires, where many cities featured both characteristics. Therefore, they proposed a new approach connecting urban and imperial history, which was the setting of

the conference. According to this approach Gantner and Hofmeister suggested „imperial city“ as an umbrella term which firstly stands for a point of view or type of

research, and secondly for a specific kind of city. They understood an imperial city as a place where the empire manifests itself, and which is marked by the imperial form of the state. They argued that a transnational comparison between cities in the

three empires and the transfer of knowledge and knowhow from emerging to imperial cities or between empires as such, is the main focus of the conference.

The first panel focused on cityscapes, because imperial cities claimed to represent the empire and provided space for different population groups. Therefore, questions of the extent of this claim or interaction between segregated areas or socially entangled areas were central. The panel was opened with a keynote by Ilya GERASIMOV (Chicago), who focused on the optics of imperial cities

through which they are recognized as such. From a social sciences point of view, he argued that the consideration of cityscapes is essential to understand the production

of social space and the characteristics of each city, since Russian imperial cities at the turn of the 20th century were often migrant cities. Clemena ANTONOVA (Sofia) also explored the question of different ethnic groups in her talk about Jewish cityscapes in Saint Petersburg and Vienna. She argued that empires were more successful in integrating them than nations using the concept of “selective integration” by Benjamin Nathans (*Beyond the Pale. The Jewish Encounter with Late Imperial Russia, Berkeley 2002*). According to Antonova, this policy was a good first step to integrate a small part of the minority groups, but in the end it prevented integration of the whole community and even created a wedge within the Jewish community. Unfortunately, she did not clarify the distinct “imperial”

character of the applied concept. A different approach to the topic of cityscapes was presented by Florian RIEDLER (Gießen), who focused on architecture as a special form of representation. He argued that border cities – in his case Niš, which was alternately part of

the Ottoman and the Habsburg Empire – can show the transfer of ideas and influence they have across borders. According to him, the imperial character of the city – or its fortress in particular – was created in exchange and was even more important to both sides than imperial rivalry. A similar approach was presented by Gulchachak NUGMANOVA (Moscow), who talked about the Russian city of Kazan’ and the architectural visualization of the empire in the province. She presented different narratives that the empire tried to manifest via architecture, and argued that this was the quickest and most accessible way of implementing the imperial idea in the province of the empire. Robert BORN (Leipzig) connected the two previous presentations to some extent when he argued that the imperial representation in the Banat region as a provincial border region manifested itself in architecture and the restructuring of the city of Timișoara. According to Born, furthermore, the Banat can be viewed as an example of “colonialism without colonies” of the Habsburg

Empire and the restructuring of the city as a result of the narrative about the successful transformation of the area by the Austrians.

Since the imperial imprint of a city often outlives the demise of the empire, the second panel was dedicated to the afterlife of the empire and questions on how the imperial heritage was and is being dealt with. The panel was opened with a keynote by Heidemarie UHL (Vienna), who talked about the changing views on Vienna in historiography over time. She presented different perspectives on “Vienna 1900”, which culminate in the anniversary of 2018. In her opinion, the Habsburg Empire already shifted to a „lieu de mémoire“ in historiography. In her talk, Nilay ÖZLÜ (Istanbul) focused on the palaces

of the three empires – Kremlin, Topkapı and Hofburg – which she understood as dynamic entities and a part of urban development. She further argued that they represent the empires’ ability to transform themselves. Although the Kremlin and the Topkapı palaces

were abandoned in favor of more modern places, they were still used for ceremonial or symbolic events and remained imperial spots. In addition to that, the palaces can be understood as agents and showcases for modernization, westernization and urbanization because of touristic reasons, since some of them were already turned into museums during late imperial times. Özlü showed that all three palaces were reopened as museums after the empires’ collapses, and that their legacies were exploited as strategies of the new regimes. Jovana KNEŽEVIC (Stanford) also argued that imperial practices were continued under new regimes yet showed that this is not only the case in empires but also in nation states. Referring to her case study on Belgrade, which was first on the border between the Ottoman and the Habsburg Empire, and then on the border between the Serbian national state and the Habsburg Empire, she showed how the Habsburg occupying forces during World War I strove to reimperialize the city using various



Sandra Dahlke, Eszter Gantner, Ulrich Hofmeister

strategies. Olga ZABALUEVA (Linköping) focused on the imperial heritage of Zaryadye, a district of Moscow close to the Kremlin. She showed that over time different sovereigns tried to construct, deconstruct or reconstruct the imperial power, using the imperial narrative in their favor. Piro REXHEPI (Göttingen) talked about the politics of postcolonial erasure in Sarajevo. By reference to the reconstruction of the National Museum and the City Hall – former Habsburgian buildings –, he argued that politicians today try to link the imperial heritage to a national identity. But exactly these imperial markers have become instigators of civil protest, because the pre-Ottoman Bosnian national identity is being left out.

Modernization was the key word of the third panel, as capital and industry were often accumulated in imperial cities. Although they often presented themselves as sites of social and technological progress, the question is to what extent these endeavors manifested itself and how successful they were. Ethem ELDEM (Istanbul) opened the panel with a keynote about the three empires in comparison while paying close attention to the question if they were really comparable. On the basis of Constantinople, he then argued that the Ottoman Empire maybe was not a real empire since at the end of the 19th century it had gained a semicolonial status and its capital had also been peripheralized. He further reasoned that the three empires were not really comparable, especially regarding the infrastructure where the Ottoman Empire was always last. Alexis HOFMEISTER (Basel) then analyzed four different port cities in relation to their economic function for the empire and their influence on its modernization. The cities were heavily affected by in-migration, which had an impact on the

spatial order of the port cities. He argued that different groups of in-migrants had different functions in the imperial context, which also reflected on the public spaces and the imperial playground. Aida MURTIĆ (Heidelberg) on the other hand followed an architectural approach to analyze the modernizations of first the Ottoman and then the Habsburg Empire in Sarajevo. Her main assumption was the importance of urban fabric in order to understand modernity. With the focus on the Ottoman market area „Baščaršija“ and two major fires in the city's history, she showed that both imperial approaches aimed for homogenizing the city and that the Austrian model preserved the matrix of the particular part of the old city as we know it today. Michel ABESSER (Freiburg) presented two imperial cities in the Russian periphery – Rostov and Nakhichevan – who were nationally divided trading hubs with two different political and social structures. Over time the two cities slowly merged via infrastructure, but not on governmental level. He argued that in this particular case one should better talk about an imperial region instead of imperial cities since Rostov and Nakhichevan merged for the benefit of their economies. For this reason, he concluded that economic reasons were much more important than nationality.

In a closing résumé Eszter Gantner and Ulrich Hofmeister stated that the main questions of the conference were answered in different combinations or stresses in the outcome. The interaction of the imperial framework and the settings in each city, however, were pointed out in almost every presentation. Referring to Henri Lefebvre's concept of city space (*The Production of Space, Oxford 1991*), Gantner and Hofmeister finally suggested the three following coordinates by which imperial cities can be approached: physical space, social space, and the experienced level of the empire. Most of the findings of the conference are related to these three categories, which help to grasp the imperial character of a city.

The aim of the conference was not to define the term „imperial city“ but to look for coordinates which make a city imperial. The approach of connecting imperial and urban history was not fulfilled in every presentation: some were more imperial, others more urban. Nonetheless, the conference showed that the topic of imperial cities linked to urban history in general has experienced increased interest. Especially the multilayered and interdisciplinary approaches – history, art history, architecture, and urban planning – helped to gain a broader first insight into the complexity of the topic and methodology.



Der Bericht wurde veröffentlicht bei: H-Soz-Kult, 11.07.2018, <www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7780>.

100 Jahre belarussische Staatlichkeit: Das Verhältnis von Staat und Nation

Bericht: Olga Dryndova, dbg

Foto: Miriam Katharina Heß, DGO

Fragt man nach dem Gründungstag des belarussischen Staates, so gibt es darauf mindestens zwei Antworten. Folgt man der ersten, so jährte sich die Gründung von Belarus am 25. März 2018 zum 100. Mal: 1918 rief der Rat des all-belarussischen Kongresses die Volksrepublik Belarus (BNR) aus. Diese Antwort erhält man vor allem von der belarussischen Opposition und vielen belarussischen Historikern. Die offizielle Antwort lautete bisher: 1. Januar 1919. An diesem Tag wurde die Belarussische Sozialistische Sowjetrepublik (BSSR) ausgerufen. Verschiedene Zeichen deuten jedoch darauf hin, dass auch die heutige Regierung dem 25. März 1918

inzwischen mehr Bedeutung beimisst: Das Gebäude, in dem die Unabhängigkeit der Belarussischen Volksrepublik verkündet wurde, erhielt eine Erinnerungstafel; die Akademie der Wissenschaften widmete der Republikgründung eine Konferenz und die Bürgerinnen und Bürger feierten die Unabhängigkeitserklärung mit einem Festkonzert im Zentrum von Minsk. Darüber, wie sich das Verhältnis von Staat und Nation in Belarus im

Laufe der letzten 100 Jahre entwickelt hat, diskutierten Jan KUSBER (Johannes Gutenberg-Universität Mainz), Volha SCHPARAHA (European College of Liberal Arts in Belarus, ECLAB, Minsk) und Rainer LINDNER

(deutsch-belarussische gesellschaft, Berlin). Welche gesellschaftlichen und politischen Interessen verbinden sich aktuell mit dem Konzept der belarussischen Nation? Wie ordnet sich das belarussische Staats- und Nationsverständnis in den breiteren europäischen Kontext ein?

BNR als erster Versuch der Unabhängigkeit

Der belarussische Nationalgedanke entstand erst gegen

Ende des 19. Jahrhunderts – beträchtlich später als etwa in der Ukraine oder Litauen. Er wurde erstmals im Jahr 1884 von einer Gruppe belarussischer Studenten der Petersburger Universität formuliert. Die ersten belarussischsprachigen Zeitungen – die im Russischen Reich verbotene „Homan“ und die erste legale belarussische Zeitung „Nascha Niwa“ – waren Anfang des 20. Jahrhunderts die zentralen Foren für den Austausch

Podiumsdiskussion am 28. Mai 2018, Berlin

In Kooperation mit der deutsch-belarussischen gesellschaft.



über die belarussische Nation. Als Anfang 1918 die Bolschewiki auf dem Rückzug vor der deutschen Armee Minsk verlassen hatten, verkündete der all-belarussische Rat im März – bereits unter deutscher Besatzung – die Unabhängigkeit der Belarussischen Volksrepublik (BNR). In einem Schreiben an Kaiser Wilhelm II. dankten die Gründerväter der BNR diesem „für die Befreiung von den Bolschewiki“. Die Deutschen erkannten den neu ausgerufenen Staat jedoch nicht an. Bereits im Dezember 1918 musste die Regierung der BNR emigrieren: Minsk wurde erneut von der Roten Armee besetzt. Die im Januar 1919 ausgerufene Belarussische Sozialistische Sowjetrepublik (BSSR) war de facto vollständig von Moskau abhängig.

Für das Scheitern der BNR nennen Jan Kusber und Rainer Lindner mehrere Gründe. Die Idee von der belarussischen Nation sei von der Bevölkerung eher zurückhaltend aufgenommen worden. Es habe sich dabei um ein Elitenprojekt gehandelt, ohne Verwurzelung im Volk. Die Mehrheit der belarussischsprachigen Bevölkerung habe auf dem Land gelebt und keine formale Bildung gehabt. Die Stadtbevölkerung hingegen sei ethnisch gemischt gewesen: Es sei Russisch, Polnisch und Jiddisch gesprochen worden. Dass die belarussische Elite selbst keine klare Vorstellung von der Ausgestaltung des

nationalen Projekts gehabt habe, sei eine zusätzliche Hürde gewesen. Schließlich habe die allgemeine politische Situation nach dem Ersten Weltkrieg dazu geführt, dass die Belarussische Volksrepublik nicht überlebensfähig war. In den 20er Jahren förderten die sowjetischen Autoritäten zwar die belarussische Sprache und Kultur, allerdings habe es sich bei der sog. „korenizacija“ (Einwurzelung) erneut um ein Projekt „von oben“ gehandelt. Stalin tat mit seiner in den 30er Jahren beginnenden Gewaltherrschaft das Übrige, die Idee eines belarussischen Nationalstaats im Keim zu ersticken.

Verschiedene Nationskonzepte im heutigen Belarus

Als sich die Republik Belarus 1991 für unabhängig erklärte, war die Mehrheit der Bevölkerung darauf nicht vorbereitet. Nach wie vor sei der Nationalgedanke nur schwach ausgeprägt gewesen. Nach einer kurzen nationalen Blütezeit, in der die belarussische Sprache an Bedeutung gewonnen habe und das historische Narrativ nicht mehr nur sowjetisch- und russlandzentriert gewesen sei, habe der 1994 zum Präsidenten gewählte Aljaksandr Lukaschenka das nationale Narrativ schnell aus dem öffentlichen Raum verdrängt und einen Kurswechsel in Richtung einer „Resowjetisierung“ des gesellschaftlichen Bewusstseins begonnen. Bezugspunkt

der belarussischen Staatlichkeit sei wieder die Gründung der BSSR im Jahr 1919 gewesen. Der vor-sowjetischen Geschichte von Belarus sei immer weniger Aufmerksamkeit geschenkt worden. Dagegen spielten der Zweite Weltkrieg und die Kriegserfahrung eine zentrale Rolle bei der Identitätsbildung. So feierten die Belarussen den Unabhängigkeitstag nicht etwa am 27. Juli – dem Tag der Souveränitätserklärung der BSSR im Jahr 1990 –, sondern am 3. Juli – dem Tag der Befreiung von der nationalsozialistischen Besatzung 1944. Erst in den letzten Jahren sei ein Kurswechsel in der staatlichen Erinnerungspolitik zu erkennen: Die Ausrufung der Belarussischen Volksrepublik werde als wichtiger Versuch anerkannt, sich als eigenständige Nation zu verwirklichen. Die belarussische Sprache und Kultur würden auf höchster politischer Ebene gewürdigt. Beobachter erklären diese Diskursveränderung als Reaktion auf den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine seit 2014 und verstehen sie als Strategie, sich als Nation von Russland zu emanzipieren.

Volha Schparaha erläuterte in ihrem Beitrag die Entwicklung des belarussischen Nationalgedankens seit der Unabhängigkeit. Es gebe heute zwei unterschiedliche Nationskonzepte, die in Konkurrenz zueinander stehen. Dem „ethnischen Konzept“ zufolge, das lange u. a. mit der belarussischen Opposition assoziiert wurde, sei die belarussische Nationsbildung nur auf Grundlage einer homogenen belarussischen Gesellschaft möglich. Dieses Konzept werde oft als rechtskonservativ und exklusiv kritisiert: Es schließe diejenigen aus, die kein Belarussisch sprechen oder nicht für die traditionellen Werte der Gesellschaft stehen (z. B. LGBT-Vertreter). Überdies würden die Vertreter dieses Konzepts den rus-

sischen Staat und die russische Kultur als fremd und für Belarus bedrohlich wahrnehmen. Dagegen zeichne sich das „Bürgerkonzept“, das u. a. vom Philosophen Waljantsin Akudowitsch vertreten werde, durch seinen inklusiven Ansatz aus. Akudowitsch verstehe die belarussische Gesellschaft als eine Mischung verschiedener Kulturen und warne davor, die Beherrschung der belarussischen Sprache zum Qualifikationsmerkmal für „echte Belarussen“ zu machen. Entscheidend sei vielmehr das zivile Engagement der Bürger als gemeinsame Basis.

Schparaha bemängelte die fehlende Forschung zum Thema „Nationsbildung“ in Belarus. In den existierenden Werken neigten die Autoren dazu, die Geschichte der BNR und ihre Gründer zu mythologisieren, ohne die historischen Ereignisse kritisch genug zu hinterfragen. Die junge Generation scheine an der belarussischen Kultur und Sprache interessiert zu sein, wolle sich aber kritisch mit der Geschichte auseinandersetzen und versuchen, nicht zu politisieren. In einer Studie zur nationalen Identität und Selbstwahrnehmung der Belarussen (2017) habe Maryia Rohava gezeigt, dass weder die offizielle Version der Geschichte noch das „ethnische Konzept“ unter den Befragten eine Mehrheit genießt. Die meisten Teilnehmer an der Studie verbinden mit der nationalen Identität das Territorium von Belarus und seine Natur, die Leistungen belarussischer Sportler sowie die Souveränität und internationale Anerkennung des belarussischen Staates.

Wie in vielen anderen europäischen Staaten muss sich auch die belarussische Gesellschaft mit der Frage auseinandersetzen, wie tragfähig der traditionelle Nationsbegriff noch ist. Gesellschaften können und sollten auch mehrsprachig und heterogen funktionieren.

Die Gegenwart von Flucht und Migration in Litauen: Perspektiven von Migranten, Flüchtlingen und Vertriebenen

Bericht: Miriam Katharina Heß
Foto: Ulrike Sapper

Flucht und Migration als gesellschaftliche Phänomene sind Themen, die in Europa nicht erst seit der Flüchtlingskrise 2015 von großer Bedeutung sind. Angesichts einer starken Emigration spielt die Migration in Litauen eine besondere Rolle.

Mittlerweile hat jeder fünfte Litauer das Land verlassen. Bei einer Einwohnerzahl von 2,9 Millionen Menschen wird das Spannungsverhältnis von Emigration und Immigration in Litauen daher besonders sichtbar. Über die Gegenwart von Flucht und Migration in Litauen und die Perspektiven von Migranten, Flüchtlingen und Vertriebenen diskutierten der litauische Schriftsteller, Dramaturg und Regisseur

Marius IVAŠKEVIČIUS, die Kunst- und Bildhistorikerin Eva PLUHAŘOVÁ-GRIEGIENĖ und der Kulturwissenschaftler Felix ACKERMANN unter der Moderation von Gabriele FREITAG.

Pluhařová-Griegienė wies eingangs darauf hin, mit welcher Intensität Fotos unser Bild von Migration und Flucht formen und prägen. Auch für Emigranten und Flüchtlinge erfüllen Fotos und andere Abbildungen

eine wichtige Funktion, indem sie die Erinnerung an die Heimat visualisieren. Oftmals, so Pluhařová-Griegienė, entstehe dabei ein Bild von der Heimat, das mit der Realität nicht mehr viel gemein habe: Emigranten schufen

sich unter Rückgriff auf Bilder ihrer Heimat eine idealisierte Erinnerung und somit eine Art von Orientierung im Exil. Dies zeigte Pluhařová-Griegienė exemplarisch an der Bedeutung der Kurischen Nehrung. Die in Litauen lebenden Menschen haben zumeist keinen starken Bezug zu dieser Region im alltäglichen Leben, während hingegen Litauer im Exil eine intensive Identifizierung zu dieser Region aufgebaut hätten.

Ivaškevičius gab zu be-

denken, dass durch die steigende Mobilität vor allem innerhalb Europas die „alte“ und „neue“ Heimat gar nicht mehr so sehr voneinander abgekoppelt seien. Auch größere Entfernungen könnten heutzutage viel schneller und einfacher überwunden werden als dies früher der Fall gewesen sei. Die Auswirkungen von Migration auf Entwicklung und Bestehen einer Gesellschaft machen sich insbesondere bei kleinen Völkern schnell

Gespräch
am 31. Mai 2018, Berlin

In Kooperation mit der Buchhandlung „Der Zauberberg“.



Felix Ackermann, Eva Pluhařová-Griegienė, Gabriele Freitag, Marius Ivaškevičius

bemerkbar. Die Litauer, so Ackermann, fürchteten die „Überfremdung“ ihres Landes und sorgten sich um den Fortbestand ihrer Sprache und Kultur. Den in Litauen lebenden Russen begegneten sie mit besonderem Argwohn, zumal jene unter dem Einfluss russischer Propaganda stünden. Seit Beginn der Flüchtlingswelle 2015 seien knapp 500 Personen aus dem Nahen Osten nach Litauen gekommen, von denen mehr als zwei Drittel das Land bereits wieder verlassen hätten. Diese vergleichsweise geringe Zahl lasse die Angst vor fremden kulturellen Einflüssen irrational erscheinen. Diese sei wohl vor allem auch durch die von den Medien verbreiteten Bilder geschürt worden. Ein Vergleich der Situation heutiger Geflüchteter mit der Situation der Litauer, die im vergangenen Jahrhundert aus dem eigenen Land fliehen mussten, finde nicht statt.

Dass ein Land mit einer hohen Emigrationsrate gleichzeitig auf Einwanderung angewiesen ist, wenn es die Wahrung bestehender Strukturen sichern will, ist eine Tatsache, die auch die Litauer anerkennen müssen. Gerade im Niedriglohnsektor seien vor allem Zuwanderer beschäftigt. Trotzdem werde auch die Zuwanderung aus dem weitgehend russischsprachigen Belarus eher mit Besorgnis wahrgenommen. Ivaškevičius plädierte dafür, die Migration als eine Art menschlichen Kreislauf zu verstehen, der zum Fortbestand einer Gesellschaft beitrage. So brauche Litauen die Immigration als Gegenstück zur Emigration, um etwa das Funktionieren von Verwaltung und Infrastruktur zu gewährleisten.

Der illiberale Staat in Ungarn und Polen

Bericht: Volker Weichsel

Foto: Miriam Katharina Heß

Sind in Polen und Ungarn Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in ernster Gefahr? Wenn ja, soll die Europäische Union versuchen, die Regierungen dieser Staaten mit Sanktionen zur Umkehr zu bringen? Drei Antworten sind möglich und alle wurden bei der Diskussion über den illiberalen Staat in Polen und Ungarn vertreten.

Am klarsten – im Stil und in der Sache – fiel die Antwort von Judith Sargentini aus. Die Niederländerin ist Abgeordnete im Europäischen Parlament und Mitglied der Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz. Sie hat ein Jahr für den Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres die Vorgänge in Ungarn beobachtet und im März 2018 ihren Bericht vorgelegt. Sargentini stellte dar, dass in Ungarn seit 2010 die Justiz unter die Kontrolle der Exekutive gebracht und die Gewaltenteilung massiv eingeschränkt wurde, dass der politische Wettbewerb nicht mehr unter fairen Bedingungen stattfindet und die Regierung unter Viktor Orbán mittlerweile mit Kampagnen und Gesetzen

Podiumsdiskussion am 5. Juli 2018, Berlin.

systematisch gegen die Zivilgesellschaft vorgeht. Dagegen müsse die Europäische Union einschreiten – im Namen der Bürger Ungarns, die von der Zerstörung der offenen Gesellschaft betroffen sind, genauso wie im Eigeninteresse aller Bürger der Europäischen Union. In einer so eng verflochtenen Gemeinschaft wie der EU betreffe autoritäre Herrschaft in einem Staat nicht nur dessen Bürger, sondern wirke sich auf alle Menschen in Europa aus. Ganz anders fiel das Urteil von Kai-Olaf Lang aus. Der Politikwissenschaftler an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin sprach von unterschiedlichen Demokratietypen, die sich in der Europäischen Union entwickelt hätten.

In Polen und Ungarn seien in den letzten Jahren Mehrheitsdemokratien entstanden, zudem sei das Primat des Rechts durch ein Primat der Politik abgelöst worden. All dies könne als eine Rebellion gegen die Brüsseler Technokratenherrschaft gesehen werden, die den Gestaltungsspielraum für demokratisch legitimierte Politik

immer mehr verengt habe. Unklar blieb – das Publikum diskutierte nach der Veranstaltung kontrovers darüber – ob Lang die Sicht der polnischen und ungarischen Regierung lediglich referierte oder diese auch selbst vertrat. Eindeutig jedoch war seine Empfehlung an die operative Politik: Im Namen gemeinsamer europäischer Interessen, vulgo: aus geopolitischen Gründen, sollten Polen und Ungarn nicht isoliert werden. Ohnehin sei der Machtkampf gegen die Regierungen nicht zu gewinnen und daher schädlich.

Diese Einschätzung teilte Martin Kremer, Referatsleiter Mitteleuropa im Auswärtigen Amt. Wenngleich er durchklingen ließ, dass er die Lage von Demokratie

einfachen Gerichte kurz vor der Übernahme der letzten unabhängigen Instanz der Justiz. Für Buras schien damit der Rubikon überschritten, Verständigung um jeden Preis nicht mehr oberste Maxime.

Wie das die Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Falle Ungarns sehen, wird sich im September zeigen, wenn sie auf der Basis des Berichts von Judith Sargentini darüber abstimmen, ob das Parlament die Europäische Kommission dazu auffordert, gegen Ungarn, wie bereits gegen Polen geschehen, ein Verfahren wegen Verstoßes gegen die Grundwerte der EU zu eröffnen. Es steht und fällt, das unterstrich Sargentini in Berlin, mit den deutschen Abgeordneten der Europäischen



Kai-Olaf Lang, Piotr Buras, Manfred Sapper, Judith Sargentini, Martin Kremer

und Rechtsstaatlichkeit in Ungarn und Polen sehr ernst sieht, so plädierte er doch dafür, gemeinsame Projekte zu identifizieren, den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen. Dies war eine Position, die Piotr Buras, Vertreter des European Council on Foreign Relations in Warschau, nicht gänzlich zurückweisen wollte. Allerdings stand Buras sichtlich unter dem Eindruck der jüngsten Ereignisse in Warschau abgespielt hatten. Anfang Juli war ein Gesetz in Kraft getreten – Buras bezeichnete es als klar verfassungswidrig –, das die Altersgrenze für Richter am Obersten Gerichtshof auf 65 Jahre senkt. Die amtierende Präsidentin des Gerichts Malgorzata Gersdorf ist damit entlassen. Die Regierung steht nach der Unterordnung des Verfassungsgerichts und der

Volkspartei. Während die Christdemokraten aus Belgien, Schweden, den Niederlanden geschlossen für ein Rechtsstaatlichkeitsverfahren gegen Ungarn stimmen, halten sich die Abgeordneten von CDU/CSU auch nach den von einem antisemitischen Grundton gekennzeichneten Kampagnen gegen George Soros und die von ihm unterstützte Central European University in Budapest bedeckt. Ob sie ein weiteres Mal für den Parteifreund Viktor Orbán stimmen werden, ist offen.

Impressum

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V.
Schaperstr. 30
10719 Berlin

Geschäftsführung:
Dr. Gabriele Freitag
T 049 (0) 30 214 784 12
F 049 (0) 30 214 784 14
E info@dgo-online.org
www.dgo-online.org

Redaktion und Satz: Ulrike Sapper
Redaktionsschluss: 6.7.2018

Fotos auf den Seiten 2/3: Stiftung Berliner Mauer; S. 13: Friedrich Schmidt, LMU München
Graphik auf Seite 30: Katrin Surberg/ultramarinrot

Die DGO erhält eine institutionelle Förderung vom Auswärtigen Amt.

www.dgo-online.org